

AUSSENPOLITIK UND INTERNATIONALE ORDNUNG

Bernhard Stahl | Sebastian Harnisch (Hrsg.)

Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten

Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996-2008



Nomos

Nationale Identitäten und Diskurse im Kosovo-Konflikt

I. Das Vereinigte Königreich: Vom kleinmütigen Realisten zum Falken

Veit Swoboda, Kathrin Weick und Bernhard Stahl

1. Kontext

1.1 Außenpolitische Identität

Im Unterschied zu den übrigen nationalen Identitäten zeichnet sich die britische außenpolitische Identität durch ihre historische Ungebrochenheit aus. Die Siege in den beiden Weltkriegen trugen hierzu bei, gleichwohl vermochten auch sie den relativen Abstieg vom weltumspannenden Empire des 19. Jahrhunderts zur „second-rank power“ im 20. Jahrhundert nicht aufzuhalten. Die britische Identität wurde hier mit Hilfe von zwei Diskursen rekonstruiert, die wichtige Wegmarken britischer Sicherheitspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg darstellen: die Diskurse um die Suez-Krise 1956 sowie um den Falkland-Krieg 1982 (vgl. auch für das Folgende: Weick 2004: 36-61). Beide Diskurse zeichneten sich zum einen durch ihre starke Resonanz in Elite und Bevölkerung aus, zum anderen dadurch, dass in ihnen eine breite Palette außenpolitischer Argumentationsmuster eingesetzt wurde, vom Nationalstolz bis hin zur Geltendmachung realpolitischer und normativer Prinzipien (vgl. Sanders 1993: 78-90). Anhand dieser Diskurse konnten fünf Elemente britischer Identität herausgearbeitet werden: *UK as Empire*, *UK as balancer*, *UK as member of the international community*, *UK as advocate of liberalism* und *UK as special partner of the US*.

Das Identitätselement *Empire* ist das auffälligste identitäre Merkmal. Es wurde in den untersuchten Diskursen in Verbindung mit zwei unterschiedlichen Argumentationsmustern verwendet. Das erste dieser Muster bezieht sich auf die Verteidigung des Weltmachtstatus und der Interessen Großbritanniens, und begreift militärisches Eingreifen als legitimes Mittel zum Erreichen dieser Ziele. Diese Argumentation trat in beiden untersuchten historischen Diskursen zutage. Sie bildete einen zentralen Baustein der realistisch-atlantischen Diskursformation (vgl. Abbildung 1). Ein zweites, im Falkland-Diskurs hervortretendes Argumentationsmuster bezieht sich auf den Begriff „Nationalstolz“. Es zeichnet sich durch eine hohe emotionale Bindewirkung aus. Grundsätzlich wird in allen mit dem Identitätselement *Empire* verknüpften Argumentationen eine missionarische Überzeugung sichtbar, die von einer Überlegen-

heit Großbritanniens ausgeht. Die identitäre Rückbindung an das *Empire* eignet sich deshalb dazu, ambitionierte, möglicherweise expansive Außenpolitiken zu legitimieren, auch wenn dies reelle politische Möglichkeiten übersteigt („to punch above its weight“). Durch das Identitätselement *Empire* können militärische Interventionen leicht innerhalb des identitären Rahmens verankert werden; zumindest dann, wenn nationale Interessen in einer bestimmten Region als bedroht angesehen werden.

Ebenso wie das Identitätselement *Empire* wurde dasjenige des *balancers* in beiden Untersuchungsfällen mit unterschiedlichen Argumentationsmustern verknüpft. Das erste dieser Muster beinhaltet eine starke machtpolitische Komponente: Es bezieht sich auf die Aufrechterhaltung des weltweiten oder europäischen Machtgleichgewichts („balance of power“). Sichtbar wurde es in den Diskursen etwa dann, wenn über eine mögliche Verbindung zwischen dem jeweiligen Kriegsgegner und der Sowjetunion spekuliert wurde. Dieses Muster deckt sich mit dem Argumentationsmuster „Verteidigung des (imperialen) Weltmachtstatus“ des *Empire*-Elements. Ein zweites, mit dem Element *balancer* verknüpftes Argumentationsmuster beinhaltet eine wesentlich stärker wertorientierte Komponente und kann als „Verteidigung westlicher Werte“ bezeichnet werden. Es fügt das Identitätselement in eine ethisch-internationalistische Diskursformation ein. In beiden der untersuchten Diskurse fand zusätzlich das Argument „Appeasement does not work“ Anwendung. Es gründet sich vor allem darauf, dass Parallelen zwischen einem Kriegsgegner und Hitler-Deutschland gezogen werden. Es enthält sowohl eine machtpolitische als auch eine historisch abgeleitete wertorientierte Komponente (vgl. Weick 2004: 60).

Das dritte Identitätselement, *UK as member of the international community*, nahm in beiden Diskursen eine Sonderstellung ein, denn es wurde gleichermaßen von Interventionsbefürwortern wie Interventionsgegnern verwendet. Die Interventionsgegner argumentierten in der Suez-Krise, dass das Völkerrecht ein militärisches Eingreifen nur dann rechtfertige, wenn eine Verletzung britischer Souveränität vorliege. Da dies nicht gegeben sei, stellten die Aktionen Großbritanniens einen groben Verstoß gegen das Völkerrecht dar und die Werte der internationalen Gemeinschaft infrage. Die Interventionsgegner forderten daher, anstelle militärischer Operationen zunächst die diplomatischen Mittel zur friedlichen Lösung der Krise auszuschöpfen. Vor allem verwiesen sie dabei auf den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als oberste internationale Autorität. Die Interventionsbefürworter argumentierten hingegen, dass das Recht zur Selbstverteidigung auch die Verteidigung vitaler nationaler Interessen einschließe. Die weitere internationale Kontrolle des Suez-Kanals stelle ein solches Interesse dar, denn die Passage sei von immenser wirtschaftlicher Bedeutung für Großbritannien (Reiseroute nach Indien, Öltransport). Die Interventionsbefürworter deuteten ein ursprünglich wertorientiertes Identitätselement so im machtpolitischen Sinne um. Im Falkland-Diskurs fanden schließlich weitere, an das Identitätselement *international community* anknüpfende Argumentationsmuster Verwendung. Die Vertreter der Regierung beriefen sich auf die Pflicht Großbritanniens zur Verteidigung der Grundsätze der internationalen Gemeinschaft, die Argentinien in zweifacher Hinsicht verletzt habe: Zum einen durch seine Besetzung britischen Territoriums, zum anderen dadurch, dass es gegen das Selbstbestimmungsrecht der

Inselbewohner verstoßen habe. Insgesamt zeichnet sich das Element *UK as member of the international community* durch seine starke Werteorientierung aus. Es kann aber auch, durch inhaltliche Uminterpretation, zur Rechtfertigung von Machtpolitik angewendet werden.

Das vierte Identitätselement, *UK as advocate of liberalism*, bildet den zentralen Bezugspunkt der ethisch-internationalistischen Diskursformation. Es diente in beiden Diskursen als Ausgangspunkt für die Aufrechterhaltung liberaler Werte wie Rechtsstaatlichkeit und Freiheit. Im Suez-Fall befürchteten die Interventionisten etwa nationale Diskriminierungen in Bezug auf das Durchfahrtsrecht für den Kanal und Übertretungen internationaler Konventionen und Übereinkünfte. Desgleichen wurde die argentinische Besetzung der Falklands als widerrechtliche Aggression gebrandmarkt (vgl. Weick 2004: 41, 55-56). Das liberale Element kann auch dazu verwendet werden, politisches Verhalten als „rational“ zu legitimieren – wenn die Vorteilhaftigkeit einer bestimmten außenpolitischen Option durch einen Kosten-Nutzen-Vergleich begründet wird.

Das fünfte Identitätselement, *UK as special partner of the US*, ist schließlich insofern von Besonderheit, als es nur aus dem Falkland-Diskurs rekonstruiert werden konnte. Im Diskurs um die Suez-Krise trat es nicht in Erscheinung (*discursive disappearance*). Ursprünglich formierte es sich im Kontext der britisch-US-amerikanischen Koalition gegen Hitler-Deutschland. Es ist plausibel anzunehmen, dass es gerade nach der Suez-Krise kraftvoll wiederbelebt wurde. Schließlich hatte diese gezeigt, dass militärische Interventionen nur noch mit Billigung der USA erfolgversprechend durchzuführen waren. Im Falkland-Diskurs fand das Element Anwendung, indem die Unterstützung durch die USA von vornherein als mitentscheidende Determinante für den Erfolg der militärischen Operation gedeutet wurde.

Aus den beiden untersuchten Diskursen und den dort verwendeten Argumentationsmustern lassen sich die zwei bereits angedeuteten Diskursformationen herausdestillieren. Die dominierende Diskursformation war die realistisch-atlantische. Sie wird von der Mehrheit der konservativen Partei (Tories) und der außenpolitischen Elite, aber auch von einem Teil der Labour-Partei getragen. Zentrale Charakteristika dieser Diskursformation sind das britische Selbstverständnis als *Empire*, die „special relationship“ zu den USA, eine pragmatische, balancierende Distanz zu den Mächten auf dem europäischen Kontinent sowie ein instrumentelles Europaverständnis. Im Diskurs um die Falkland-Krise nahm die Bedeutung einer zweiten, der ethisch-internationalistischen Diskursformation jedoch zu. Ihr Hauptmerkmal ist die Ausrichtung der Argumente und Handlungsempfehlungen am internationalen Recht und an ethisch-moralischen Prinzipien.

Abbildung 1) Die britische Identitätskonstruktion (Darst. d. Verf.)

	Realistisch-atlantische Diskursformation	Ethisch-internationalistische Diskursformation
Identitäts- elemente	UK as Empire; UK as balancer; UK as special partner of the US; UK as advocate of liberalism	UK as member of the international community; UK as advocate of libera- lism; UK as special partner of the US; UK as balancer
Argumenta- tionsmuster	Einflusswahrung; missionarische Über- zeugung; Status-quo-Orientierung; „Appeasement does not work“; Verhält- nismäßigkeit; Freiheit der Seewege; Achtung der Souveränität; Aufwand und Ertrag; special relationship; Wahrung der Interessen in der EU	Bewahrung des Völkerrechts; Auslandseinsätze zur Verteidigung des Völkerrechts; Glaubwürdigkeit; UK als „Erfinder“/Hüter der Menschenrechte; Verteidigung der (westl.) Demokratie; keine Alleingänge (seit 1956); UK auch als Teil Europas
Handlungs- empfehlungen	Interessenorientierte Politik in der EU; militärische Einsätze an der Seite der USA; Wahrung der Unabhängigkeit in der Außenpolitik; Beibehaltung einer intergouvernementalen GASP/ESVP; Einsatz für Weltwirtschaftsinstitutionen; Erhalt des internationalen Status	Ausrichtung der Außenpolitik an ethi- schen Zielen; Ausschöpfung diplomati- scher Mittel; Verhandlungslösungen; Befolgung völkerrechtlicher Prinzipien; aktive (auch militärische) Unterstützung der UN; Multilateralismus; Einsätze im internationalen Kontext; Einnehmen einer Führungsrolle in der EU
Diskursträger	Mehrheit der Konservativen; Teile der Labour-Partei; Mehrheit der außenpolitischen Elite	Teile der Labour-Partei; Minderheit der Konservativen; Liberale Partei; Sozial- demokratische Partei (heute fusioniert zu den Liberal-Demokraten)

1.2 Diskursstruktur

Die Exekutive dominiert traditionell den außenpolitischen Diskurs in Großbritannien. Hierbei wird das Ausmaß der Einflussnahme maßgeblich durch den Stil, den Charakter und die jeweilige Persönlichkeit der relevanten Regierungsmitglieder bestimmt (vgl. Cohen/Clarke 1990: 217). Dem Premierminister kommt dabei eine herausragende Stellung zu. Die Exekutive hat die außenpolitische Entscheidungskompetenz von der britischen Krone übernommen, die in diesem Bereich nur noch symbolische und repräsentative Aufgaben erfüllt. Diese politische Tradition wird durch keinen formellen Verfassungstext gestützt, so dass, einerseits, die Vormachtstellung der Exekutive verfassungsrechtlich nicht eingeschränkt oder negiert werden kann (vgl. ebd.). Eben weil es keine klaren verfassungsrechtlichen Kompetenzzuweisungen gibt, muss die Exekutive (bzw. der Premierminister) andererseits aber ständig den Status quo der Diskursdominanz verteidigen. Die britischen Premierminister – im Übrigen auch immer die Vorsitzenden der Regierungspartei – konnten

ihre herausragende Stellung im 20. Jahrhundert jedoch noch ausbauen, etwa durch ihre wachsende Medienpräsenz und die damit verbundene gestiegene öffentliche Wahrnehmung ihres Amtes. Dies gilt im besonderen Maße für die Außen- und Sicherheitspolitik, deren Richtlinien vom Premierminister vorgegeben und dann formell im Kabinett erörtert und beschlossen werden.¹ Tony Blair (1997-2007) gelang es, die von Margaret Thatcher (1979-1992) erreichte Dominanz des Premierministers im außenpolitischen Diskurs zu festigen. Seine Vormachtstellung im britischen Diskurs, in der Partei und in der Regierung war unumstritten: „Tony Blair is manifestly the most dominant premier that Labour has ever had“ (Morgan 2001: 583).

Neben dem Premierminister sind es vor allem der Außen- und der Verteidigungsminister, die den außenpolitischen Diskurs maßgeblich prägen. Wie groß ihr Einfluss wirklich ist, hängt wiederum von ihrer Persönlichkeit und politischen Stärke, ihrer rhetorischen und medialen Präsenz, bzw. von der relativen Schwäche des Premierministers ab. Im Allgemeinen spielen sie zwar eine eindeutig geringere Rolle im außenpolitischen Diskurs; die Machtverteilung dort muss aber kein Nullsummenspiel sein: Die britische Geschichte kennt Beispiele einflussreicher Außenminister, die nicht als „side-kick“ des Premierministers, sondern vielmehr als dominante Diskursträger agierten (etwa Anthony Eden 1951-1955 und James Callaghan 1974-1976). In diesem Sinne gelang es auch Robin Cook, durch sein Konzept der „ethical foreign policy“ im Allgemeinen und als treibende Kraft während des Kosovo-Konflikts im Besonderen als entscheidender Diskursträger zu wirken. Die administrativen Stäbe der Ministerien, also die Mitarbeiter in Whitehall, dem Foreign and Commonwealth Office und im Ministry of Defence, treten als Diskursträger hingegen nicht in Erscheinung (vgl. Dickie 2004: 101-133).

Die regierungswirtschaftlichen außenpolitischen Diskurse sind in Großbritannien traditionell äußerst intransparent. Sie werden oft in kleinen informellen Treffen außerhalb des Kabinetts geführt. Die Informationspolitik der Regierung ist zudem sehr rigide: Der Zugang zum Nachrichtenstrom aus der Regierungszentrale kann vom Premierminister kontrolliert und manipuliert werden. Unter Tony Blair haben sogenannte „spin doctors“ – wie Alastair Campbell – das Agenda-Setting und die mediale Vermarktung von Politik nahezu perfektioniert. Nur eine ausgewählte Gruppe von Journalisten wurde zu sog. „briefings“ eingeladen, bekam exklusive Pressemitteilungen und Zugang zu den Lobby-Bereichen des Parlaments. Im Gegenzug fiel die Kritik an der Regierungspolitik häufig moderat aus. Aggressive Eigenrecherche wurde von der Regierung als Vordringen in Bereiche exekutiven Herrschaftswissens interpretiert und entsprechend sanktioniert (vgl. Sturm 1998: 205).

1 Im Vergleich zur Richtlinienkompetenz des deutschen Bundeskanzlers reichen die Machtbefugnisse des britischen Premierministers weiter. Insbesondere die Interpretation des Amtes durch Margaret Thatcher hat die Diskussion belebt, ob die Kompetenzzuweisungen an den Premierminister nicht eine Art „elective dictatorship“ (Sturm 1997: 222) nach sich ziehen.

Die einzigartige verfassungsrechtliche Vormachtstellung des britischen Parlaments, gegründet auf das Prinzip der absoluten Parlamentsouveränität,² steht in einem gewissen Spannungsverhältnis zum geringen parlamentarischen Einfluss auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess (vgl. Wallace 1975; Clarke 1988; Clarke 1992). „The constitutional tradition accords to the British parliament only peripheral formal powers over external relations, and indirect political powers“ (Cohen/Clarke 1990: 217). Das Parlament spielt lediglich dann eine bedeutende Rolle, wenn internationale Verträge zur Ratifizierung anstehen, die den Bereich der nationalen Steuerpolitik, des nationalen (Verfassungs-)Rechtes oder der individuellen Rechte und Pflichten der britischen Bürger betreffen. Trotz der eingeschränkten Macht im Entscheidungsprozess bleibt das Unterhaus (House of Commons) aber das entscheidende Forum für außenpolitische Diskurse. Parlamentsmehrheiten verleihen den Kabinettsentscheidungen – etwa über den europäischen Integrationsprozess und Kriegs-, Interventions- und Peacekeeping-Einsätze – innerstaatliche Legitimität. Auf diesen Politikfeldern kann, wenn die Parteidisziplin schwindet und eine Regierungsmehrheit im Unterhaus in Gefahr gerät, die Vormachtstellung der Regierung im außenpolitischen Diskurs herausgefordert werden. Historische Beispiele hierfür sind die Europapolitik John Majors Anfang der 1990er Jahre oder die Irakpolitik Tony Blairs 2002/03.

Daneben hat das britische Unterhaus noch weitere formale Möglichkeiten, auf den außen- und sicherheitspolitischen Diskurs Einfluss zu nehmen: Neben den turnusmäßigen Außen- und Sicherheitspolitikdebatten wird auch aus aktuellem Anlass oder aufgrund einer bedeutenden außenpolitischen Rede im Parlament debattiert. Traditionell ist die „question time“ im Unterhaus (ähnlich der Fragestunde im Deutschen Bundestag) jeden dritten Mittwoch im Monat für außen- und sicherheitspolitische Themen reserviert. Parlamentarische Ausschüsse, wie das „Select Committee on Foreign Affairs“ und das „Select Committee on Defence“, erörtern darüber hinaus außen- und sicherheitspolitische Fragen, verfassen Stellungnahmen und Berichte und können so Einfluss auf den Diskurs nehmen. Auf die operative Außen- und Sicherheitspolitik der Exekutive hat das Unterhaus aber nahezu keinen Einfluss (vgl. Cohen/Clarke 1990: 218). In den letzten Jahrzehnten ist darüber hinaus zu beobachten, dass die aufgewendete Redezeit für außenpolitische Themen im House of Commons beständig abgenommen hat (vgl. Dickie 2004: 134).

Im Vergleich zum Unterhaus spielt das britische Oberhaus (House of Lords) im außenpolitischen Diskurs eine untergeordnete Rolle. Zwar besitzt es ein Suspendierungsrecht für Gesetzesvorlagen im normalen Gesetzgebungsprozess, allerdings ist dies für die Außen- und Sicherheitspolitik nahezu irrelevant (vgl. Carstairs/Ware 1991: 91). So konnte das britische Oberhaus in außen- und sicherheitspolitischen

2 Die Doktrin der absoluten Parlamentsouveränität in Großbritannien wurde am Treffendsten vom englischen Verfassungsrechtler Dicey (1915: 37) zusammengefasst: „The principle of Parliamentary Sovereignty means [...], that Parliament [...] has [...] the right to make or unmake any law whatever; and further, that no person or body is recognised [...] as having a right to override or set aside the legislation of Parliament.“ Vgl. auch Schieren (2001: 70).

Diskursen trotz der großen Erfahrung und Expertise seiner Mitglieder nur gelegentlich Akzente setzen. Besonders einflussreich war es in der Europapolitik. Das „European Communities Committee“ etwa hat sich einen beachtlichen Stellenwert im europapolitischen Diskurs in Großbritannien erarbeitet.

Die öffentliche Meinung in Großbritannien kann großen Einfluss auf den außenpolitischen Diskurs und entsprechende Entscheidungen ausüben. Dies kommt allerdings weniger in der operativen Außenpolitik, sondern in Krisensituationen oder im Agenda-Setting der britischen Medien zum Ausdruck. Außenpolitik ist grundsätzlich kein traditioneller Gegenstand parteipolitischer Profilbildung und genießt daher geringe öffentliche Beachtung (vgl. Martin/Garnett 1997: 75). Die britische Öffentlichkeit hat an einem Punkt jedoch potenziell erheblichen Einfluss auf den Diskurs; bei Referenden.³ Bis heute haben solche Referenden lediglich zu europapolitischen, nicht aber zu sicherheits- und interventionspolitischen Themen stattgefunden. Wie einflussreich die öffentliche Meinung dennoch sein kann, zeigte sich Ende des zweiten Golf-Krieges: Aufgrund der dramatischen Medienberichterstattung über kurdische Flüchtlinge im Nordirak und des darauf folgenden öffentlichen Drucks sah sich die britische Regierung gezwungen, international eine faktische Interventionspolitik (Politik der „safe havens“) im Nordirak voranzutreiben (vgl. Hill 2003: 275).

Auf den politischen Meinungsbildungsprozess können auch Think Tanks Einfluss nehmen. Unabhängige Institute wie Chatham House, das Center for Defence and International Security Studies, das Foreign Policy Center oder das Royal United Services Institute for Defence and Security Studies publizieren Fachbeiträge im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik auf höchstem Niveau. Damit erreichen sie nicht nur das Fachpublikum, sondern vermögen es auch, Themen auf die Agenda zu setzen und den Diskurs der politischen Elite vorzustrukturieren. Das öffentliche Interesse an diesen Studien ist indes gering, es sei denn, die Regierung benutzt sie dazu, einen Kriegsgang zu rechtfertigen – wie es 2002/03 im Vorfeld des Irak-Krieges geschehen ist. Experten und Denkfabriken mit dem Schwerpunkt Sicherheits- und Verteidigungspolitik vertreten zumeist atlantische Positionen. Sie sind insofern der realistisch-atlantischen Diskursformation zuzurechnen. Argumente der ethisch-internationalistischen Diskursformation werden eher von einzelnen Intellektuellen und dem linken Spektrum zuzurechnenden Persönlichkeiten vorgetragen, die sich einem gewissen Moralismus und/oder einem unbedingten Multilateralismus – oft mit einer starken proeuropäischen Konnotation – verschrieben haben. Das Streben nach einer moralischen Außenpolitik hat eine lange, in die Zeit des British Empire zurückreichende Tradition, und spielt in Interventionsdiskursen eine große Rolle (vgl. Sanders 1993; Little 2000).

3 Prominentestes Beispiel hierfür ist die Volksbefragung zum Verbleib in der Europäischen Gemeinschaft 1975 und das noch ausstehende Referendum zum Beitritt zur Europäischen Währungsunion. Jedoch ist in Großbritannien ein Referendum nicht unmittelbar rechtswirksam – vielmehr muss das Parlament in einem gesonderten Rechtsakt ein Gesetz verabschieden, vgl. Schieren (2001: 84).

Wie in den meisten westlichen Demokratien nehmen auch in Großbritannien nichtstaatliche Akteure zunehmend Einfluss auf (außen-)politische Diskurse. Nicht-regierungsorganisationen gelang es in den letzten Jahrzehnten mehrfach, erfolgreich Themen zu lancieren und politische Diskurse zu ihren Gunsten zu beeinflussen.⁴ Sie erlangten insbesondere im Zusammenspiel mit den Medien Bedeutung, und vermochten vor allem in den klassischen vergesellschafteten Politikfeldern wie der Umwelt-, der Menschenrechts- und der Entwicklungspolitik Akzente zu setzen (vgl. Schmidt 1999: 13). In sicherheitspolitischen Diskursen blieb ihr Einfluss jedoch marginal, wie es die erfolglosen Anstrengungen von Greenpeace in Bezug auf die britische Nuklear(test)politik illustrieren (vgl. Bloodgood 2001: 21).

Das Spektrum der Medienlandschaft in Großbritannien ist sehr breit. Es reicht von der „Mutter“ der seriösen Berichterstattung, der British Broadcasting Corporation (BBC), bis hin zu Massen- und Boulevardblättern wie der Sun („tabloids“, „yellow press“). Im außenpolitischen Diskurs nimmt die BBC durch ihre Dominanz in Funk und Fernsehen eine herausragende Stellung ein. Aufgrund ihrer zahlreichen Auslandskorrespondenten und ihres Selbstverständnisses als auch international bedeutendes Medium besitzt sie eine große Expertise und hohe internationale Reputation.⁵ Auch der Einfluss der Printmedien auf den außenpolitischen Diskurs ist sehr hoch einzuschätzen. Die britische Bevölkerung liest trotz der „new media revolution“ immer noch vergleichsweise viel Zeitung. Ungeachtet der hohen Fluktuation von Chefredakteuren, Herausgebern und Eignern sind die Zeitungen leicht politischen Richtungen zuzuordnen. Der konservativen Partei am nächsten steht der Daily Telegraph, gefolgt von der Times. Der Independent und die Financial Times bewegen sich in der Mitte des politischen Spektrums, während der Guardian mit seinem großen Augenmerk auf der internationalen Politik als linksliberal gilt. Letzteres gilt auch für die Wochenzeitung Observer, deren konservativer Gegenpart die Sunday Times ist. Bei den Boulevardblättern werden die Daily Mail, der Daily Express und der Daily Star konservativen politischen Positionen zugeordnet, während der Daily Mirror traditionell der Labour-Partei nahesteht (vgl. Sturm 1999: 13-14). Das größte Massenblatt, die Sun, schwenkte im Vorfeld der Wahlen 1997 zu New Labour um, bleibt aber insgesamt schwer einschätzbar. Das kompromisslose Streben nach Auflage, reißerischer Aufmachung und populistischen Artikeln lässt die britischen Massenblätter zu einflussreichen und zugleich unberechenbaren Diskursträgern in

- 4 Beispiele hierfür sind die erfolgreiche Kampagne der „Friends of the Earth“ gegen die Herstellung und den Verkauf von ozonschädlichen Produkten, die medienwirksame Vereitelung der Versenkung der Brent Spar durch Greenpeace und der Erfolg der „International Campaign to Ban Landmines“. Als wichtiger Diskursträger bei entwicklungspolitischen Themen tritt immer wieder Oxfam auf, vgl. Bloodgood (2001: 22) sowie Dickie (2004: 161).
- 5 Allerdings werfen Kritiker der BBC – wie auch den Think Tanks – eine gewisse Regierungsnähe vor und befürchten einen direkten Einfluss der jeweiligen Regierung auf das Programm, vgl. Wheeler (1997: 14-15, 100-102). Demgegenüber ist zu konstatieren, dass die BBC zwar während des Falkland-Diskurses eine tendenziell regierungsfreundliche Position pflegte, im Suez-Diskurs jedoch eine tendenziell neutrale bis regierungskritische Haltung einnahm, vgl. Negrine (1994: 125-128).

außenpolitischen Angelegenheiten werden. Ein Beispiel für den Einfluss der Massenmedien waren die Berichte über die Zustände in Gefangenenlagern in Bosnien 1992, die zum verstärkten humanitären Engagement Großbritanniens im Rahmen der „United Nations Protection Force“ (UNPROFOR) führten (vgl. Dickie 2004: 198).⁶

1.3 Britische Sicherheitspolitik und Jugoslawien

Das außenpolitische Verhalten britischer Regierungen nach dem Zweiten Weltkrieg weist viele Kontinuitäten auf.

„In Britain's case continuity of [security; Anm. d. Verf.] policy transcending changes of government can be seen in such obvious spheres as support of the NATO, the close relationship with the United States, the Commonwealth, support of nuclear weapons and deterrence“ (Byrd 2001: 598).

Auch die seit 1997 regierende Labour-Partei hat diesen sicherheitspolitischen Kurs fortgesetzt – einen Kurs, der auch unilaterales Eingreifen als legitimes Mittel internationaler Politik ansieht. Das Vereinigte Königreich versuchte nach dem Zweiten Weltkrieg, seine Position als Großmacht im internationalen System aufrecht zu erhalten. Diesem Anspruch waren aufgrund der eingeschränkten Machtmittel jedoch Grenzen gesetzt. Die besonderen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und das konstruktive Verhältnis zur NATO können als Kompensation dessen angesehen werden. Ex-Außenminister Douglas Hurd beschrieb Großbritanniens Situation mit dem viel zitierten Satz: „NATO is one of the principal props which have allowed Britain to punch above its weight in the world.“⁷ Aufgrund seiner „special relationship“ zu den Vereinigten Staaten und der NATO wird das Land auch als „Atlantiker“ bezeichnet (vgl. Bartlett 1992; Haseler 2007). Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes verlagerte sich der Schwerpunkt der Allianz von rein militärischen zu vermehrt politischen Funktionen. Die konservative Regierung verhielt sich diesbezüglich zunächst skeptisch, etwa in Bezug auf die NATO-Erweiterung oder die „Schnelle Eingreiftruppe“. Mit dem Regierungsantritt Tony Blairs änderte sich dies jedoch.

Ein im Vergleich anderes Muster zeigt sich in der Europapolitik. Das Vereinigte Königreich wird hier oft als schwieriger Partner („awkward partner“; George 1998)⁸ beschrieben, weil es sich stets gegen Vertiefungen der europäischen Integration

6 Als weiteres Beispiel kann die Berichterstattung der Sun im Falkland-Krieg angeführt werden, die wesentlich zur Dominanz der realistisch-atlantischen Diskursformation beitrug. Bis heute gilt die Überschrift „Gotcha“ über dem Foto eines sinkenden argentinischen Kriegsschiffs, abgebildet auf dem Titelblatt der Zeitung, als Sündenfall der objektiv-journalistischen, unpatriotischen Berichterstattung in Großbritannien.

7 Hurd, Douglas: *Rede vor dem Royal Institute for International Affairs*, London, 4. Februar 1993, zit. n. Jay (2006: 192). Zu diesem Dilemma britischer Außenpolitik vgl. auch: Mangold (2001) und Wallace (2005).

8 Übersetzungen aus dem Englischen ins Deutsche durch die Verfasser.

gesträubt hat (vgl. Geddes 2004; Wall 2008). Das Verhalten Großbritanniens im Bereich der GASP lässt sich jedoch nicht in diesem Sinne klassifizieren. So unterstützte London die GASP im Zeitraum zwischen 1973 und 1985 sehr aktiv, bevor es in der folgenden Dekade eine reformskeptische Haltung einnahm. In diese Phase fiel das Auseinanderbrechen Jugoslawiens. Seit dem französisch-britischen Gipfel von St. Malo 1998 nimmt London im Bereich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wiederum eine Führungsrolle ein. Es bleibt aber bei der Präferenz für den intergouvernementalen Charakter der GASP und die damit einhergehende Möglichkeit unilateraler Veto-Politik (vgl. Geddes 2004: 155).

Die Eskalation der Jugoslawien-Krise traf die britische Außenpolitik in einem kritischen Moment. Zum einen hatte sich London im zweiten Irak-Krieg 1990/91 gemeinsam mit den USA engagiert. Zum anderen gingen in der EG die Verhandlungen zur Schaffung einer Politischen Union in ihre entscheidende Phase. Die konservative Regierung in London nahm die Ereignisse in Belgrad und die Unabhängigkeitsbestrebungen der Teilrepubliken Slowenien und Kroatien mit kritischer Distanz zur Kenntnis und versuchte sich als engagierter, neutraler Vermittler zu profilieren (vgl. Giersch 1998: 112). Dabei insistierte sie auf der Rolle der Einzelstaaten in der EPZ. Eine Involvierung der EG wünschte sie nicht (vgl. Eyal 1993: 30, 33).

Als die Gewalttätigkeiten in Kroatien im Herbst 1991 eskalierten, schlug die französische Regierung mit Unterstützung der niederländischen Ratspräsidentschaft den Einsatz einer von der Westeuropäischen Union (WEU) geleiteten Eingreiftruppe („force d'interposition“) vor, um die Kriegsparteien zu trennen. Die Regierung Major lehnte dies kategorisch ab (vgl. Hoffmann 1996: 108). So war der einzige halbwegs ernsthafte Versuch der EG abgeblockt, dem heraufziehenden Grauen der Jugoslawien-Kriege bereits zu Beginn Einhalt zu gebieten. London weigerte sich, in einen aus seiner Sicht potenziell lang andauernden und komplexen Konflikt militärisch hineingezogen zu werden (vgl. Hodge 2006: 2). Die Regierung hielt auch lange an der Vorstellung eines jugoslawischen Bundesstaats fest. Noch Monate nach den Unabhängigkeitserklärungen und auch nach der Belagerung und dem Fall von Vukovar im Herbst 1991 wandte sich Großbritannien gegen eine Anerkennung der Einzelrepubliken (vgl. Lucarelli 1997: 41). Vertreter der Regierung und Parlamentarier kritisierten das deutsche Beharren auf einer Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens dementsprechend heftig. Der Beginn der Bosnien-Kriege war aus ihrer Sicht eine direkte Folge der unüberlegten deutschen Anerkennungs politik (vgl. Bennett 1995: 173). Ein großer Teil der politischen Elite Großbritanniens betrachtete Serbien zudem noch immer als einen alten Verbündeten der beiden Weltkriege (vgl. Hodge 2006: 22). Premierminister Major und Außenminister Hurd verschrieben sich in den folgenden Jahren einer strikten Nichteinmischungspolitik, die von Friedensverhandlungen und verschiedenen Friedensofferten des britischen Vermittlers der EG, Lord Owen, begleitet wurde.

Angesichts der Leiden der Zivilbevölkerung in Bosnien entschloss sich die britische Regierung aber im Oktober 1992, die UNPROFOR aktiv zu unterstützen und stockte ihr Kontingent auf rund 3500 Mann auf. Dabei bestand London im

UN-Sicherheitsrat darauf, dass das Mandat der Mission rein „humanitär“ bleiben müsse; weder bezweckte noch erwünschte es also ein Eingreifen in die Kampfhandlungen. Mehr noch als andere europäische Länder fürchtete Großbritannien die militärische Stärke Serbiens: „the myth of Serbian military invincibility, carried through the corridors in Whitehall and British academia, proved a major factor, if not excuse, inhibiting military intervention in Bosnia“ (Hodge 2006: 30). Von ihrer Position rückte die konservative Regierung selbst dann nicht ab, als die USA unter Präsident Clinton ihren Kurs änderte (vgl. O’Balance 1995: 144). Die Vereinigten Staaten hatten ihre abwartende Haltung 1993/94 aufgegeben und begannen, das UN-Waffenembargo zu unterlaufen und die noch gegeneinander kämpfenden Kroaten und Bosniaken in einer Allianz gegen die bosnischen Serben zu vereinen. Washington ging damit zu einer Politik der „forced diplomacy“ über: Die Herstellung eines militärischen Gleichgewichts und die Androhung der Parteinahme zugunsten der kroatisch-bosniakischen Föderation sollten die bosnischen Serben zu einem Waffenstillstand bewegen. Die britische Regierung folgte dem nicht. Sie rechtfertigte sich mit dem Argument des „civil war“ – alle Parteien träfe gleichermaßen die Schuld am Krieg, ein Eingreifen in einen dergestalteten ethnischen Bürgerkrieg sei sinnlos (vgl. Hodge 2006: 70). Stattdessen kritisierte London – zusammen mit Frankreich – Washington öffentlich (vgl. Zucconi 1996: 255). Die Geiselnahme von UN-Soldaten sowie die Eroberung der UN-Schutzzone Srebrenica durch serbische Einheiten im Juli 1995 führten zwar zu heftigen Diskussionen in der NATO, vermochten die britische Position jedoch nicht zu ändern (vgl. Hoffmann 1996: 109). London verwies weiterhin auf die geteilte Verantwortlichkeit serbischer und kroatisch-bosniakischer Einheiten für die Vorkommnisse. Es blieb bei seiner Position der Nichteinmischung (vgl. Hodge 2006: 116, 120). Erst als Frankreich sich mit der härteren Gangart der Clinton-Administration einverstanden erklärte, stimmte London den von Washington und Paris geforderten selektiven Luftschlägen auf serbische Stellungen widerwillig zu (vgl. Hansen 2006: 122).

Das Vereinigte Königreich hielt damit am längsten von allen westlichen Ländern an der Politik der Nichteinmischung fest: „[...] the British government was the most reluctant to adopt more aggressive policies, including the American ‚lift and strike‘, and was the strongest defender of ‚humanitarianism‘“ (Hansen 2006: 123).⁹ Der außenpolitische Wandel im Kontext des Kosovo-Krieges hätte daher kaum drastischer ausfallen können.

2. Der britische Kosovo-Diskurs

Die Kosovo-Krise markiert eine Wegscheide britischer Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. In ihrem Kontext wandelte sich die Außenpolitik des Vereinigten Königreiches nachhaltig – sowohl auf der Ebene des Verhaltens als auch auf

⁹ Diese Politik ist in der Literatur massiv kritisiert worden, vgl. u. a. Gow (1997: 182) und Simms (2001: 2).

jener der Identität. In Bezug auf den Einsatz militärischer Mittel vertrat London die extremste Position aller NATO-Staaten, unter Einschluss der USA. Die Regierung Blair entpuppte sich im Laufe des Konflikts zusehends als der „führende Falke“ („leading hawk“; Richardson 2000: 146) der Westmächte. Dieser Befund ist äußerst überraschend, wenn man das Verhalten Londons in den Jugoslawien-Kriegen in Rechnung stellt. Hieraus ergibt sich das Verhaltensrätsel: Wie rechtfertigte die britische Regierung einen derart drastischen außenpolitischen Verhaltenswandel?

Das identitäts- und diskurspezifische Rätsel ergibt sich zum einen aus dem empirischen Befund, dass dieser Verhaltenswandel über den gesamten Diskurszeitraum hinweg nicht herausgefordert wurde, die Diskurshegemonie also unumstritten blieb (*uncontestedness*):

„There were questions and debate in the House of Commons, but no attempt on behalf of either the Conservatives or the Liberal Democrats to distance themselves from the broad thrust of the Labour government’s policies” (Henig 2001: 41).

Dies gilt nicht nur für die politische Elite, sondern auch für die öffentliche Meinung (vgl. Keohane 2000: 214). Einzig in der Debatte um den Einsatz von Bodentruppen – einsetzend nach Beginn der Luftschläge – wurde die Diskurshegemonie infrage gestellt. Das Zustandekommen dieser stabilen Diskurshegemonie gewinnt zum anderen noch an Brisanz, wenn man sich ihren diskursiven und theoretischen Kontext vor Augen führt. In identitätstheoretischer Perspektive kündigt sich ein Identitätswandel dadurch an, dass eine vormals diskurshegemoniale Position angegriffen wird (*contestedness*). Angesichts der nahezu konsensualen Kosovopolitik der Labour-Regierung wäre insofern retrospektiv zu vermuten, dass die vormalige Jugoslawienpolitik der konservativen Regierung sehr umstritten hätte sein müssen. Dann wäre in der Tat zu erwarten gewesen, dass eine neue Regierung – einhergehend mit einem Wechsel der Diskursformation – eine nunmehr unumstrittene Kosovopolitik eingeleitet hätte. Doch das Gegenteil war der Fall! Die britische Position während der Bosnien-Kriege war nicht nur diskurshegemonial, sondern ebenfalls nahezu *uncontested*: „The official British discourse was not only resilient in its defence of its policy-identity constellation, it was also widely supported by the political opposition within the Labour Party” (Hansen 2006: 146).¹⁰ Dies änderten weder der Granateneinschlag auf dem Markt von Sarajevo im Februar 1994, noch der Wandel der US-amerikanischen Außenpolitik 1994/95, noch das Massaker von Srebrenica (vgl. Simms 2001: 274, 317). Kritische Stimmen innerhalb der Labour-Partei, wie jene von Peter Mandelson, Peter Hain und Clare Short, blieben in der Minderheit (vgl. ebd.: 276). Wie also, so das Diskursrätsel, konnte sich eine vollkommen neue, nahezu unbestrittene Diskurshegemonie entwickeln, obwohl nur wenige Jahre zuvor eine mit völlig anderen Handlungsempfehlungen verbundene Diskurshegemonie gleichfalls nahezu unwidersprochen geblieben war?

10 Vgl. zu diesem Aspekt auch Hill (2001: 331-332). Die damalige Diskurshegemonie ist von Hansen (2006: 123) als „humanitarian assistance discourse“ bezeichnet worden.

2.1 Der Diskurs

2.1.1 Der britische Konsens zum Eingreifen im Kosovo-Konflikt

Schon in der zweiten Woche nach Amtsantritt der Regierung Blair im Mai 1997 rief Außenminister Robin Cook eine Neuorientierung der britischen Außenpolitik aus: Menschenrechte seien von nun an „at the heart of our foreign policy [which; Anm. d. Verf.] must have an ethical dimension“.¹¹ Großbritannien, so Blair, wolle von nun an „im Herzen Europas“ sein und (wieder) eine führende Rolle in Europa spielen.¹² Der Kosovo-Konflikt bot ein gutes Jahr später die Möglichkeit, diese Rhetorik in die Tat umzusetzen.

Das Kosovo hatte nach dem Regierungsantritt von New Labour zunächst eine untergeordnete Rolle gespielt. Es galt als „ein weit entferntes Land von dem wir wenig wissen“ (Bartlett 2000: 131). Bis Mitte 1998 fand der Konflikt nur sporadische Beachtung, viel stärker dominierte die Irak-Krise die Schlagzeilen. Während sich Berichte über die zunehmende Gewalt im Kosovo mehrten, übernahm Großbritannien im Januar 1998 den Vorsitz der EU-Ratspräsidentschaft und der G7. Zugleich etablierten sich Tony Blair und Robin Cook zusehends als führende Diskursträger. Die herausragende Stellung Blairs wurde durch seine komfortable Mehrheit von 177 Sitzen im britischen Unterhaus infolge des Erdrutsch-Sieges der Labour-Partei von 1997 begünstigt. Umgekehrt waren die Konservativen inhaltlich und personell zu geschwächt, um der starken Stellung des Premierministers etwas entgegenzusetzen (vgl. Meier-Walser 2001: 25).

Erst im zweiten Halbjahr 1998 – von nun an jedoch bis zur Einstellung der Kampfhandlungen im Juni 1999 – avancierte das Kosovo zum dominanten Thema auf der außenpolitischen Agenda Großbritanniens. Innerhalb der britischen Regierung setzte sich dabei im Laufe des Sommers die Ansicht durch, dass Milošević nur durch eine militärische Intervention zu stoppen sei. Die Gräueltaten der serbischen Einheiten im Sommer 1998 bei Klina und Poplek, die wiederholten Wortbrüche Miloševićs sowie das bevorstehende Ende der britischen EU-Ratspräsidentschaft ließen Blair umdenken (vgl. Hodge 2006: 168). Ein Übriges taten die Gewissenskämpfe („soul searching“; Ralph 2005: 6), mit denen sich auch der Regierungschef infolge der Massaker von Srebrenica und Ruanda konfrontiert sah. Die bei Amtsantritt apostrophierte „ethische Außenpolitik“ sollte nun mit Inhalten gefüllt werden. Premierminister Blair und Außenminister Cook setzten sich immer stärker für einen härteren Kurs und für die Androhung militärischer Gewalt im Falle eines Scheiterns diplomatischer Vermittlungsversuche gegenüber Milošević ein. Sie hofften dabei zunächst auf die Legitimation durch den UN-Sicherheitsrat, setzten dies jedoch früh nicht mehr als zwingend notwendig voraus. Auf dem EU-Gipfel am 15. Juni 1998 in

11 Cook, Robin: *FCO Mission Statement*, London, 12. Mai 1997, <http://www.guardian.co.uk/world/1997/may/12/indonesia.ethicalforeignpolicy> [19.11.2008].

12 Vgl. Blair, Tony: *Rede anlässlich der Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen*, 13. Mai 1999, <http://www.karlspreis.de/index.php?id=13&doc=41&r=3> [1.1.2009].

Cardiff vertrat die britische Regierung gar die Position, dass „not only air strikes might have to go ahead without a UN mandate, [...] ground troops might be necessary too“ (Rentoul 2001: 514). Der Premierminister bekräftigte seine Haltung am 21. September 1998 vor der Generalversammlung der UN. Es sei jedes erforderliche Mittel anzuwenden, um dem Feldzug Miloševićs Einhalt zu gebieten und das „humanitäre Desaster“ zu beenden (Woollocott 2000: 422). Außenminister Cook hatte in diesem Zusammenhang schon im Juni 1998 dargelegt, dass die „Lektionen von Bosnien“ nach einer Einigkeit der EU verlangten.¹³ Rückblickend erklärte Blair: „I was always in the forward end of the troop on this because I foresaw that if we didn't intervene sooner we would have to intervene later, and that is the lesson of Bosnia, too.“¹⁴

Die Einschätzung der britischen Regierung basierte auf einer veränderten Wahrnehmung der Konfliktparteien. Noch am 4. März 1998 hatte Robin Cook die UÇK – durchaus im Sinne Belgrads – mit „Terroristen“ gleichgesetzt (vgl. Hodge 2006: 155). Spätestens im Juni 1998 – nach den anhaltenden serbischen Operationen im Kosovo – war das noch in den Bosnien-Konflikten prominente Argument der beidseitig verteilten Schuld der Konfliktparteien jedoch passé (vgl. ebd.: 168). Die britische Regierung identifizierte nun Milošević und die nach einem „Großserbien“ strebenden Eliten in Belgrad als Hauptaggressoren. Tony Blair zog historische Analogien zum Zweiten Weltkrieg:

„We have learnt by bitter experience not to appease dictators. We tried 60 years ago. It did not work then and it should not be tried now. President Slobodan Milosevic's actions in Kosovo have given rise to scenes of suffering and cruelty people thought were banished from Europe forever.“¹⁵

Diese Schuldzuweisung erneuerte London im Verlauf des Diskurses immer wieder. Zugleich projizierte es seine neue Wahrnehmung Serbiens auf frühere Konflikte zurück. Noch vor der Veröffentlichung des UN-Berichts zum Srebrenica-Massaker im November 1999 gab Blair zu verstehen, dass er die dort vertretene Ansicht teile, die Gewalt auf dem Balkan sei kein Bürgerkrieg zwischen zwei moralisch gleichwertigen Gegnern gewesen.¹⁶

Problematisch war aus Sicht der Regierung die Frage nach der Legitimation eines Einsatzes im Kosovo. Premierminister Blair präferierte zunächst ein durch die UN mandatiertes Einschreiten (vgl. Bartlett 2000: 135). Als aber Ende September 1998 die Resolution 1199 am Widerstand Russlands und Chinas scheiterte, und Berichte über serbische und albanische Gewalttaten weiter zunahmen, rückte London immer weiter von diesem Standpunkt ab. Ein Einverständnis der Vereinten Nationen sei

13 Cook, Robin: *Rede zur britischen EU-Präsidentschaft*, London, 5. Juni 1999.

14 Interview von Tony Blair mit der Washington Post am 20. April 1999, zit. n. Rentoul (2001: 515).

15 Blair, Tony: *Why the Generation of 1968 Chose to Go to War*, in: International Herald Tribune, 13. April 1999, S. 3.

16 So zumindest die Darstellung bei Kampfner (2004: 37).

keine notwendige Vorbedingung für eine militärische Intervention, denn schließlich seien alle diplomatischen Möglichkeiten ausgeschöpft worden:

„Wir haben jeden Weg zu einer friedlichen Lösung erkundet. [...] Wir haben Milosevics Versprechungen und Zusagen akzeptiert und mussten erfahren, dass sie gebrochen wurden. [...] Milosevic hat uns mit seinem Handeln keine Wahl gelassen.“¹⁷

Ähnlich wie in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden unternahmen es die Interventionsbefürworter so auch im britischen Diskurs, die mangelnde Legalität der Kosovo-Intervention mit dem „ultima ratio“-Argument – der Schuldzuweisung an Milošević und dem Verweis auf die Menschenrechtslage – zu kompensieren. Der Schutz von Menschenrechten wurde als oberstes Ziel der internationalen Gemeinschaft betont. Dieses Ziel müsse auch ohne Autorisation durch die UN verfolgt werden können, wenn ein Staat gegenläufig zu den Interessen und moralischen Normen dieser Gemeinschaft handle. Aus Sicht der britischen Regierung hatte der UN-Sicherheitsrat ein militärisches Eingreifen außerdem zwar nicht explizit autorisiert, das serbische Agieren im Kosovo aber in drei Resolutionen (1160, 1199, 1203) aufs Schärfste kritisiert. Zudem war eine von Russland im Mai 1999 eingebrachte Sicherheitsratsresolution, die den Stopp aller Luftangriffe gefordert hatte, an einer breiten Mehrheit von zwölf zu drei Stimmen gescheitert (vgl. Williams 2005: 64).

Die Entschlossenheit Londons befähigte es in der Folge zwar nicht zur Übernahme einer militärischen Führungsrolle. Auf diplomatischer und internationaler Ebene allerdings schlüpfte es in die Rolle des besagten „leading hawk“:

„We must act with the total resolve to achieve our aims, for the sake of humanity and for the sake of the future of the safety of our region and the world. [...] We are doing what is right, for Britain, Europe, for a world that must know that barbarity cannot be allowed to defeat justice. That is simply the right thing to do.“¹⁸

Im Verlauf der NATO-Intervention argumentierte die britische Regierung in Bezug auf die moralische Rechtfertigung dann immer nuancierter (vgl. Bartlett 2000: 140). Das neue Primat der Menschenrechte in der britischen Außenpolitik zeigte sich besonders deutlich im April 1999 in Tony Blairs Rede „Doctrine of the International Community“, die er anlässlich des 50. Gründungsjahres der NATO hielt. Blair forderte ein Interventionsrecht von Staaten oder Staatengruppen in dritten Staaten für den Fall, dass dort internationales Recht verletzt werde. Es sei für die Werte und eine neue Form des Internationalismus zu kämpfen, der brutale Repressionen gegenüber ethnischen Minderheiten nicht toleriere. Vorbedingung für solche Interventionen sei dabei die Auseinandersetzung mit fünf Fragen:

„First, are we sure of our cases? [...] Second, have we exhausted all diplomatic options? [...] Third, [...] are there military operations we can sensibly and prudently undertake? Fourth, are we prepared for the long term? [...]. And finally, do we have a national interest involved?“¹⁹

17 Cook, Robin: *Milosevic hat uns keine Wahl gelassen*, in: Neue Zürcher Zeitung, 7. April 1999, S. 3.

18 Blair, Tony: *It is Simply the Right Thing to Do*, in: The Guardian, 27. März 1999, S. 1.

19 Blair, Tony: *Doctrine of the International Community*, Rede vor dem Economic Club, Chicago, 24. April 1999, <http://www.number10.gov.uk/Page1279> [19.11.2008].

Britische Regierungsvertreter betonten gerade den letzten Punkt immer wieder, verknüpften ihn aber wie dargestellt mit moralischen Erwägungen und Werthaltungen. Die Regierung deutete diese Werthaltungen dabei explizit nicht allein als Gut der internationalen Gemeinschaft, sondern auch als europäisches Gut, das es daher zu verteidigen gelte:

„Die Aktionen von Präsident Milosevic sind [...] ein Affront gegen alles, wofür das moderne Europa steht. [...] Wir werden nicht tolerieren, dass sie [die Apartheid; Anm. d. Verf.] vor unserer eigenen Haustür wieder auftaucht. [...] Wir dürfen es nicht, wenn wir eine reale Hoffnung darauf wahren wollen, ein durch Friede und Toleranz gekennzeichnetes Europa aufzubauen.“²⁰

Die Argumentation der Regierung wies schließlich auch Spuren missionarischer Überzeugung auf: London skizzierte die serbische Führung als rückständig und in der Vergangenheit lebend. Solchermaßen stellte es sie dem Bild eines „modernen“ Europa gegenüber, das auf dem Fundament der Europäischen Konvention der Menschenrechte stehe:

„He [Milošević; Anm. d. Verf.] began by saying that I could not understand what was happening in Kosovo unless I started in 1389. There was something tragic about such a deep history perspective on current events [...] it [is not; Anm. d. Verf.] in the interest of Serbia to live in the Middle Ages when the rest of the world is moving on into the twenty-first century“ (Robin Cook, zit. n. Henig 2001: 44).

Wie reagierte nun die britische Parteienlandschaft auf die Haltung der Regierung? Geradezu enthusiastische Unterstützung für ihre wertorientierte Argumentation erhielt New Labour von den Liberal-Demokraten. Auch die Konservativen äußerten nur verhalten Kritik. Sie unterstützten die NATO-Luftschläge, zeigten sich jedoch kritisch, als sich die Situation im Kosovo verschlechterte. Die Opposition führte an, dass die Regierung kein Recht habe in den Konflikt einzugreifen, solange dies nur das Abwenden einer humanitären Katastrophe zum Ziel habe. Es müssten auch vitale nationale Interessen, wie etwa die Stabilität der Region auf dem Spiel stehen (vgl. Keohane 2003: 41). Die Konservativen waren weniger zuversichtlich als die Labour-Partei was die Effektivität der Luftschläge anbelangte. Dies galt umso mehr als der Allianz mit zunehmender Dauer der Bombardierung die Ziele auszugehen schienen (vgl. Williams 2005: 66-67). Die Tories befürchteten zudem, dass Großbritannien durch eine militärische Intervention dauerhaft in den Konflikt hineingezogen werden könne.

Gleichwohl stimmte sogar der ehemalige Premierminister John Major den Luftschlägen prinzipiell zu. Er zog sogar den Einsatz von Bodentruppen in Betracht: „I don't think Nato had any choice now. I don't think nations can stand aside for ethnic cleansing and genocide.“²¹ Dass ausgerechnet Major, der noch in den Bosnien-Konflikten vehement eine Politik der Nichteinmischung verfochten hatte, nun den

20 Cook, Robin: *Milosevic hat uns keine Wahl gelassen*, in: Neue Zürcher Zeitung, 7. April 1999, S. 3.

21 *Labour Peer Resigns over Kosovo*, in: BBC News, 25. März 1999, http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/politics/303983.stm [19.11.2008].

New Labour-Kurs unterstützte löste Irritationen im britischen Diskurs aus.²² Es verdeutlichte andererseits die Überzeugungskraft der neuen Argumentation. Auch Douglas Hurd, Außenminister unter Major und in den Bosnien-Kriegen größter Befürworter einer Nichteinmischungspolitik, attestierte der Kosovo-Strategie der Blair-Regierung, sie sei „im Wesentlichen richtig“.²³ Andere wichtige ehemalige Regierungsvertreter, wie Ex-Außenminister Rifkind oder Ex-Verteidigungsminister Portillo, schlossen sich dem an.²⁴

Die Tories stellten somit zwar zeitweilig die Gründe für ein Eingreifen und die dafür ausgewählten Mittel, nicht aber das Eingreifen als solches infrage. Auf Parteiebene war es so einzig die kleine Schottische Nationalpartei (Scottish National Party, SNP), die die NATO-Intervention per se ablehnte. Sie fand auf nationaler Ebene jedoch keine öffentliche Unterstützung.²⁵

Neben der SNP musste sich die Regierungspartei aber Kritik aus den eigenen Reihen stellen. Gegen die moralische Rechtfertigung der Intervention sprachen sich am 19. April 1999 13 linke Labour-Parlamentarier aus. Auf der Grundlage einer distinkten Konfliktwahrnehmung sahen sie einen NATO-Einsatz nicht gerechtfertigt. Da es sich im Fall des Kosovo um keinen zwischenstaatlichen Konflikt, sondern einen von beiden Parteien mitverschuldeten, hoch komplexen Bürgerkrieg handle, stelle die Intervention einen völkerrechtswidrigen Eingriff in die Souveränität der Bundesrepublik Jugoslawien dar (vgl. Keohane 2003: 41). Aufseiten der parteiinternen „Abweichler“ zweifelte der Pazifist Tony Benn zudem die Nachhaltigkeit der moralischen Beweggründe seiner Regierung an:

„[W]hy have we done nothing to help the Kurds or the Palestinians, why do we still arm the Indonesians who are oppressing the people of East Timor, allow Israel to occupy and bomb South Lebanon and accept the continuation of the Turkish occupation of northern Cyprus?“²⁶

22 Vgl. exempl. Major, *the Chicken Turned Hawk*, in: The Guardian, 11. April 1999, <http://www.guardian.co.uk/print/0,,3852826-103558,00.html> [19.11.2008].

23 *UK Politics is Groping on Answers*, in: BBC News, 4. Mai 1999, http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/politics/334620.stm [19.11.2008].

24 So forderte etwa der ehemalige Außenminister Malcom Rifkind im Verlauf der Luftschläge zwar erneute diplomatische Bemühungen als Grundbedingung für einen Erfolg der Operation. Er räumte aber ein, dass umgekehrt jegliche Diplomatie mit der glaubwürdigen Androhung bzw. dem Einsatz von Bodentruppen einhergehen müsse. Die Luftschläge seien „moralisch gerechtfertigt“, vgl. Rifkind: *Bombing Will Fail*, in: BBC News, 16. April 1999, http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/politics/320933.stm [19.11.2008]. Der ehemalige Verteidigungsminister Michael Portillo bekundete, gerade Bosnien habe Milošević die Zögerlichkeit und Uneinigkeit des Westens gelehrt, während der Westen dort umgekehrt den eisernen Willen des serbischen Präsidenten kennengelernt habe. Prinzipiell befürwortete daher auch er den NATO-Einsatz und den Einsatz von Bodentruppen, vgl. Portillo, Michael: *The Western Alliance and Global Security*, Rede vor dem Royal United Services Institute, London, 27. November 1998, http://www.michaelportillo.co.uk/speeches/speeches_pub/speech5p.htm [19.11.2008].

25 Buerkle, Tom: *Blair Grabs Role as Alliance Hawk*, in: International Herald Tribune, 24./25. April 1999, S. 1.

26 Benn, Tony: *Fighting for Democracy While Kosovo Burns*, in: The Guardian, 18. April 1999, <http://www.guardian.co.uk/Kosovo/Story/0,,206887,00.html> [19.11.2008].

In diskurstheoretischer Sicht vollzog die linke Fraktion innerhalb der Labour-Partei den „Sinneswandel“ nach Dayton also nicht mit. Sie blieb der vormals hegemonalen Argumentation aus der Zeit der Bosnien-Kriege treu. Ihre völkerrechtlich begründete Kritik wurde dabei auch von einigen unabhängigen Konservativen geteilt.²⁷ Die unterschiedlichen Standpunkte führten zu heftigen und äußerst emotionalen Diskussionen innerhalb der Labour-Partei.²⁸ Tony Blair entgegnete der Kritik, dass die NATO-Luftschläge keine Aggression gegen Serbien, sondern lediglich eine notwendige Reaktion auf die Menschenrechtsverletzungen des serbischen Machthabers darstellten (vgl. Meier-Walser 1999: 61). Dieses Argument überzeugte den Großteil der Abgeordneten.

Hatte im Kroatien- und in den Bosnien-Kriegen noch die Handlungsempfehlung der Nichteinmischung obsiegt, wurde dies im Kosovo-Diskurs parteiübergreifend verworfen (vgl. Hodge 2006: 70). Das Argumentationsmuster der „ultima ratio“ spielte dabei die zentrale Rolle, befördert von sehr emotionalen Appellen des Premierministers an das Mitgefühl der britischen Bevölkerung:

„These are our fellow human beings. Husbands taken from wives. Fathers taken from children [...] just for being Albanian [...]. Act or do nothing. Do nothing and Milosevic will feel free to do as he likes with the civilian population.“²⁹

Die dominanten Diskursträger reagierten mit noch emotionaleren und plakativen Argumentationsmustern, als – mit zunehmender Dauer der Luftschläge – die öffentliche Skepsis in Bezug auf die moralische Rechtfertigung des Krieges wuchs. Verstärkt verwiesen sie auf Miloševićs Gräueltaten; Begriffe wie „killing machine“, „appalling and evil policy of ethnic cleansing“ oder „Schlächter von Belgrad“ prägten ihre Rhetorik. Dem entgegen setzten sie Blairs Vision einer auf moralischen Werten basierenden internationalen Gemeinschaft.³⁰

Neben dem starken moralischen Argumentationsmuster erlangten im Diskurs insbesondere vor Beginn der Luftschläge die Stärke und die Glaubwürdigkeit der NATO hohe Bedeutung. Beide Aspekte wurden dabei argumentativ verbunden: Die Allianz – so das dominante, von der Regierung verfochtene Argument – sei die einzige internationale Organisation, die über die Erfahrung und die notwendigen militärischen Mittel verfüge, um gegen die Menschenrechtsverletzungen Miloševićs

27 So argumentierte der ehemalige Herausgeber der Times, Lord Rees-Mogg: „NATO has no authority in international law for bombing. At least in theory, the NATO leaders, under the Nuremberg ruling, are open to a similar indictment which has brought against President Milosevic“, vgl. Rees-Mogg, William (1999): *Flying Above the Law*, in: The Times, 31. Mai 1999, S. 3.

28 So fuhr z.B die britische Ministerin für Internationale Entwicklung, Clare Short, die Interventionsgegner in einer Unterhausdebatte an: „You are a disgrace to the Labour Party!“, zit. n. Rentoul (2001: 523).

29 Blair, Tony (1999): *It is Simply the Right Thing to Do*, in: The Guardian, 27. März 1999, S. 1. Diesen Einsatz für die Flüchtlinge untermauerte der Premier durch symbolische Handlungen, wie etwa den Besuch von Flüchtlingslagern. Infolgedessen avancierte Tony Blair zum Helden der Kosovo-Albaner, vgl. Rentoul (2001: 529).

30 Im Nachhinein ist dies als „Schwarzweißmalerei“ kritisiert worden, vgl. Henig (2001: 55).

vorzugehen.³¹ Sie habe deshalb, zugleich aber um der Verteidigung ihrer Grundwerte willen die Verpflichtung, in den Konflikt einzugreifen: „NATO and the international community had to act. We had no choice if the values on which NATO was founded were to have a meaning at all.“³² Mit dem Entschluss zur Intervention sei die NATO darüber hinaus zu einem Sieg verpflichtet, wolle sie nicht den Verlust ihrer Glaubwürdigkeit riskieren. „If NATO succeeds, the next time someone tries such a policy and we make threat it will be credible. Were we to fail – which we will not and must not – the opposite would happen [...]“³³ Es könne daher nur *ein* mögliches Ende der Krise geben: „victory for NATO, defeat for Milosevic, and the reversal of ‚ethnic cleansing““.³⁴ Im Gegensatz zum deutschen und französischen Diskurs bildete die Glaubwürdigkeit der NATO in Großbritannien daher ein zentrales zusätzliches Argumentationsmuster.

Die Labour-Regierung verknüpfte die Frage der Glaubwürdigkeit aber nicht nur mit der NATO, sondern auch mit den historischen Lehren britischer Außenpolitik. Bewusst spielte Blair auf Großbritanniens Umgang mit Tyrannen und Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts an: „Do nothing and Milosevic will feel free to do as he likes with the civilian population. [...] We would have shown unpardonable weakness and dereliction. That is not the tradition of Britain.“³⁵

Die klare Absage an eine Appeasementpolitik erreichte im britischen Diskurs die dominante Stellung. Gestützt wurde sie durch die geteilte Konfliktwahrnehmung bezüglich der Gefahren einer Ausdehnung des Konflikts. Überparteilich wurde konstatiert, dass bei einer Nichteinmischung auch ein Übergreifen auf die Nachbarstaaten drohe; mit gravierenden Folgen für die Region und Europa insgesamt.³⁶ Die westliche Gemeinschaft müsse folglich präventiv vorgehen; der Konflikt allein deshalb eingedämmt werden, um die Flüchtlingsströme aus dem Kosovo, die eine enorme Belastung für die Stabilität des Balkan aber auch anderer europäischer Länder darstellten, möglichst gering zu halten (vgl. Henig 2001: 52). Die moralische Argumentation eines erweiterten „wir“ („our fellow human beings“) wurde so durch den (realistischen) Verweis auf die geographische Nähe des Kosovo zu Europa komplementiert: „[...] taking action is the only chance justice has got. And Kosovo is part of Europe, a short sea journey from Italy, a short drive from Greece.“³⁷

31 Vgl. Blair, Tony: *Our Responsibilities Do not End at the English Channel*, in: Independent on Sunday, 14. Februar 1999, http://findarticles.com/p/articles/mi_qn4158/is_/ai_n14213060 [20.11.2008].

32 Blair, Tony: *No Compromise in Kosovo*, in: The Times, 7. Mai 1999.

33 Blair, Tony (Labour): *Redebeitrag im Unterhaus*, House of Commons Hansard, 26. April 1999, Column 30.

34 Blair, Tony: *No Compromise in Kosovo*, in: The Times, 7. Mai 1999.

35 Blair, Tony: *It is Simply the Right Thing to Do*, in: The Guardian, 27. März 1999, S. 1.

36 Blair, Tony: *Our Responsibilities Do not End at the English Channel*, in: Independent on Sunday, 14. Februar 1999, http://findarticles.com/p/articles/mi_qn4158/is_/ai_n14213060 [20.11.2008].

37 Blair, Tony: *Taking Action is the Only Chance for Justice in Kosovo*, Fernsehansprache auf BBC News, 26. März 1999, http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/305034.stm [20.11.2008].

2.1.2 Die Kontroverse um den Einsatz von Bodentruppen

Der breite Konsens im britischen Kosovo-Diskurs brach lediglich in der Frage des Einsatzes von Bodentruppen auf. Zu Beginn der Kampagne hatten sich die NATO-Staaten auf eine Strategie des „bombing only“ verständigt – zu diesem Zeitpunkt die einzige kompromissfähige militärische Option (vgl. Henig 2001: 153). Die öffentliche Meinung in vielen NATO-Ländern, besonders in Deutschland, Griechenland und Italien, richtete sich gegen den Einsatz von Bodentruppen. Die westlichen Regierungen waren allerdings davon ausgegangen, dass der serbische Präsident schon wenige Tage nach Kriegsbeginn aufgrund der Übermacht seiner Gegner aufgeben würde. Als diese Kalkulation nicht aufging, gewann die Frage nach einer „Exit-Strategie“ zusehends an Bedeutung. Der NATO unterliefen bei ihren Luftangriffen zudem einige schwerwiegende Fehler. So bombardierte sie am 7. Mai 1999 die chinesische Botschaft in Belgrad. Bei einem versehentlichen Angriff auf eine Flüchtlingsgruppe bei Korisa verloren 87 Kosovaren ihr Leben (vgl. Daalder/O’Hanlon 2000: 147, Hammond 2000: 125). In der Konsequenz drohte die öffentliche Meinung zuungunsten der NATO zu kippen.

Die britische Regierung reagierte hierauf mit einer zweigleisigen Argumentationsstrategie. Zum einen – auf nationaler Ebene – legte sie sich früh darauf fest, keine Bodentruppen zu Kampfzwecken einsetzen zu wollen. Im April 1999 führte Premierminister Blair aus:

„Of course ground forces will be necessary in Kosovo to give the refugees the confidence to return to their homes in safety. But this is very different from fighting our way in. While we keep all options under review all the times, that is not our plan.“³⁸

Blair wies also explizit darauf hin, dass eine Bodeninvasion nicht geplant sei, die Option darauf aber nach wie vor bestehen bleibe. Zugleich machte er an anderer Stelle implizit klar, dass seine Regierung die Entsendung von Bodentruppen nicht grundsätzlich ablehnte, sondern die Zustimmung der NATO-Verbündeten als kritische Determinante hierfür verstand: „Let us be clear about this: we are not going to send in 100.000 or 200.000 ground forces with the consent of other countries, for no such consent exists.“³⁹

Zum anderen – auf internationaler Ebene – schlug die britische Regierung einen wesentlich härteren Kurs ein. Sie übernahm hier – spätestens nach dem Washingtoner NATO-Gipfel am 23. April 1999 – sogar die Führungsrolle (vgl. Richardson 2000: 149). Informell bildete sich zusehends eine Achse zwischen der britischen

38 Blair, Tony: *Why the Generation of 1968 Chose to Go to War*, in: International Herald Tribune, 13. April 1999, S. 3.

39 Blair, Tony (Labour): *Redebeitrag im Unterhaus*, House of Commons Hansard, 23. März 1999, Column 174. Die wiederholte Aussage Blairs, dass gegenwärtig, aber nicht prinzipiell, kein Plan für den Einsatz von Bodentruppen existiere, veranlasste einige Zeitungen zu der Interpretation, dass Großbritanniens Soldaten keinesfalls vor dem offiziellen Ende der Kampfhandlungen im Kosovo eingesetzt würden. So titelte der Sunday Telegraph „Tony Blair Insists that NATO will not send Ground Troops“, die Sun „I won’t send our boys in“, zit. n. Rentoul (2001: 520).

Regierung und dem Oberkommandeur der NATO, Wesley Clark, der in Bezug auf die Effektivität der Luftangriffe gleichfalls skeptisch war und eine Invasion mit Bodentruppen befürwortete. Um die US-Regierung von der Notwendigkeit solcher Operationen zu überzeugen, begannen beide Diskursträger ihr Verhalten in informellen Treffen abzusprechen. Sie setzten sich von nun an gemeinsam bei den Entscheidungsträgern für ihre Pläne ein (vgl. Riddell 2003: 113).⁴⁰ Premierminister Blair, Außenminister Cook und Verteidigungsminister George Robertson versuchten die Repräsentanten der NATO-Länder, amerikanische Kongressabgeordnete und Senatoren durch energische Reden und in vertraulichen Sitzungen von einem härteren Vorgehen zu überzeugen (vgl. Wollacoot 2000: 426).⁴¹ Die langsame Veränderung des amerikanischen Standpunktes ist so auch im Zusammenhang mit Blairs erwähneter Rede „Doctrine of the International Community“ zu sehen, die in der amerikanischen Öffentlichkeit auf positive Resonanz stieß (vgl. Rentoul 2001: 526).

Dieser *double-speak* der britischen Regierung – international auf Bodentruppen zu drängen und dies „zu Hause“ zu dementieren – war naturgemäß inkonsistent, und provozierte Nachfragen und Kritik.⁴² Insgesamt reagierte die britische Parteienlandschaft sehr unterschiedlich. Die Konservativen befürworteten das Engagement bei der Operation Allied Force nach wie vor, und bejahten auch eine Entsendung britischer Soldaten zur Friedenssicherung.⁴³ Jedoch sprachen sich die Tories grundsätzlich gegen den Einsatz von Bodentruppen in Kampfhandlungen aus: „Although we support the use of ground troops to implement a diplomatic settlement, we shall not support their use to fight for a settlement.“⁴⁴ An diesem Punkt brachen aufseiten der Konservativen wieder jene Argumentationsmuster durch, die den britischen Diskurs während der Kriege in Kroatien, Slowenien und Bosnien dominiert, und die Option einer militärischen Intervention mit Verweis auf die Tugenden der „unbezwingbaren serbischen Armee“ verworfen hatten (vgl. Hodge 2006: 30). Schwerer als das Argument für den Schutz der kosovarischen Zivilbevölkerung wogen die Bedenken militärischer Verluste.

Im Gegensatz dazu sprachen sich die Liberal-Demokraten für einen wesentlich härteren Kurs als die Regierungspartei aus. Ihr Vorsitzender, der spätere EU-Repräsentant für Bosnien Paddy Ashdown, übte harte Kritik an der NATO:

40 Vgl. außerdem Beamont, Peter/Wintour, Patrick: *Kosovo: The Untold Story*, in: The Observer, 15. Juli 1999, S. 16-20, hier: S. 20.

41 Als Blair im Mai 1999 versuchte, Clinton von der Notwendigkeit der Androhung einer Bodenoffensive zu überzeugen, soll es in einem Telefongespräch zu einem heftigen Wortwechsel gekommen sein, vgl. Bellamy (2002: 157-158).

42 Ein treffendes Beispiel für diese Inkonsistenz lieferte nicht zuletzt Verteidigungsminister Robertson, als er britischen Soldaten bei einem Truppenbesuch in Mazedonien zusicherte „[...] that they would not have to fight their way into Kosovo“ (zit. n. Richardson 2000: 148). Das Regierungslager kritisierte diese Äußerung so heftig, dass der Minister sie relativierte.

43 Buerkle, Tom: *Conservatives In Britain Seek Probe on Kosovo Policy*, in: International Herald Tribune, 13. Mai 1999, http://www.ihf.com/articles/1999/05/13/brit.2.t_1.php [9.9.2008].

44 Hague, William (Conservatives): *Redebeitrag im Unterhaus*, House of Commons Hansard, 23. März 1999, Column 182.

„By ruling out, as NATO did, the use of ground troops at the beginning, we left ourselves with only one means to prosecute the war and that was bombing. If bombing does not succeed, then we will leave ourselves only one means to prosecute peace and that is compromise“ (zit. n. Richardson 2000: 149).

In einem Interview stellte Ashdown, selbst ehemaliger Marine-Offizier, lapidar fest: „I have never heard about anyone surrendering to an aircraft.“⁴⁵

Im Streit um eine Bodenoffensive formierte sich schließlich eine gemischte Gruppe, bestehend aus Parlamentariern der Konservativen, der Liberal-Demokraten und der Schottischen Nationalpartei. Sie lehnte die Luftschläge aus strategischen und moralischen Gründen ab, argumentierend, dass bei einer Abwurfhöhe von 15.000 Fuß bei gleichzeitigem Verzicht auf den Einsatz von Bodentruppen die sichere Identifikation der anvisierten Ziele nicht gewährleistet sei (vgl. Keohane 2003: 42).⁴⁶

Während es also der britischen Regierung insgesamt gelang, die Diskurshegemonie für die Operation Allied Force zu behaupten, stellte sich die Situation in Bezug auf einen Einsatz von Bodentruppen anders dar. Im Unterschied zur politischen Elite, die ein solches Vorgehen mehrheitlich in Kauf genommen hätte, blieb die britische Bevölkerung überwiegend skeptisch. In dieser Frage entstand so ein *élite-mass split*. Die Regierung, die in den internationalen Foren einen möglichen Bodentruppeneinsatz forcierte, relativierte ihre Forderungen an der „Heimatfront“.

2.2 Auswertung

2.2.1 Identität und Verhalten

Der Kosovo-Krieg markierte die Feuertaufe der Labour-Regierung im Allgemeinen und die des Premierministers in der Außenpolitik im Besonderen. Ein drastischer außenpolitischer Verhaltenswandel war dabei zunächst gar nicht zu erwarten gewesen. Blair hatte während der Bosnien-Kriege und auch in seinem ersten Jahr als Premier kein Interesse an Außenpolitik gezeigt. Dem Vernehmen nach verfügte er über „weniger außenpolitisches Wissen als fast jeder andere Premierminister zu Amtsantritt seit dem Zweiten Weltkrieg“ (Kampfner 2004: 8). Auch Robin Cook hatte in seiner Zeit als „Schattenaußenminister“ seit 1994 keinen substanziellen Wandel britischer Außenpolitik eingefordert (vgl. Wickham-Jones 2000: 93, 105). Seine öffentlichen Einlassungen zu Bosnien blieben ambivalent und im Ganzen auf der Linie des „humanitarian assistance discourse“.

Der als „ethical turn“ apostrophierte „Dritte Weg in der Außenpolitik“ blieb für das britische Verhalten im Kosovo bis zum Spätsommer 1998 folgenlos. Erst im

45 Hoge, Warren: *Crisis in the Balkans: Britain; Blair Under Domestic Pressure on Ground Forces*, in: New York Times, 11. März 1999, <http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9D02E5DB123EF93BA25756C0A96F958260> [20.11.2008].

46 Dieses Argumentationsmuster gewann mit steigender Zahl der NATO-Fehlbombardements immer mehr öffentliche Unterstützung.

Konfliktverlauf wurde dieser Anspruch mit Leben erfüllt – die rhetorische Distanzierung von der Bosnienpolitik der Vorgängerregierung erfolgte nach der Entscheidung für die NATO-Intervention.⁴⁷ Der von Cook und Blair verantwortete Verhaltenswandel war gleichwohl nachhaltig und überzeugend. Großbritannien agierte während des gesamten Konflikts überaus aktiv und in allen Konfliktphasen als eine „diskursive Führungsnation“. Zwei Argumentationsmuster gaben den Verhaltenskorridor für diese Außenpolitik vor: die historische Verantwortung des einstigen „Empires“ und Vorstehers des Commonwealth mit seiner Tradition als „Erfinder“ und „Hüter“ westlicher Werte im Allgemeinen, der Anspruch der Regierung Blair auf eine „ethische Außenpolitik“ im Besonderen. Die historische Erfahrung gescheiterter „Appeasementpolitik“ und die Glaubwürdigkeitsfrage der NATO flankierten diese ethische Argumentation.

Im Zuge der Konfliktbearbeitung wurde einmal mehr die politische und militärische Nähe zu den USA sichtbar. London koordinierte sein Vorgehen zu jeder Zeit mit Washington und galt bei der Operation Allied Force für die USA als „primus inter pares“. Obwohl sich Tony Blair um die Unterstützung der europäischen Staaten bemühte, blieb seine Politik primär auf Washington ausgerichtet. London betrachtete den Konflikt als Möglichkeit, als transatlantischer „Brückenbauer“ zu fungieren und zugleich die NATO zu stärken (vgl. Hodge 2006: 146). Die viel zitierte „special relationship“ kam in diesem Verhalten deutlich zum Ausdruck, wenngleich zum Teil mit umgekehrten Vorzeichen: In der Frage eines möglichen Einsatzes von Bodentruppen verkörperte Großbritannien den „Treiber“, die USA folgten.

2.2.2 Identität und Diskurs

Das britische Verhalten im Kosovo-Konflikt stellt einen Fall nachhaltigen außenpolitischen Wandels dar: Nicht nur das Verhalten, auch die Identität veränderte sich. Es etablierte sich eine neue Diskurshegemonie mit neuen Handlungsempfehlungen. Im Bosnien-Diskurs war die realistisch-atlantische Diskursformation tonangebend gewesen (distanzierte Nichteinmischung, neutrale Vermittlerrolle, Eindämmung des Konflikts), wenngleich Elemente der ethisch-internationalistischen Diskursformation in der Regierungspolitik erkennbar waren (so das humanitäre Engagement im Rahmen der UNPROFOR). Dies trug zu einer nahezu konsensualen britischen Bosnienpolitik bei.

47 Vgl. Blair, Tony: *A New Generation Draws the Line*, in: Newsweek, 19. April 1999, <http://www.newsweek.com/id/88065> [20.11.2008]; Blair, Tony: *Doctrine of the International Community*, Rede vor dem Economic Club Chicago, 24. April 1999, <http://www.number10.gov.uk/Page1279> [19.11.2008]; Cook, Robin: *Speech at the Labour Party Conference*, Bournemouth, 28. September 1999, <http://www.guardian.co.uk/politics/1999/sep/28/labourconference.labour9> [20.11.2008].

In diesem Kontext basierte der Wandel im Kosovo-Krieg auf veränderten Argumentationsmustern und neuen identitären Rückbindungen innerhalb der ethisch-internationalistischen Diskursformation: Das Identitätselement *UK as member of the international community* setzten sowohl die Befürworter als auch die Gegner der Regierungspolitik ein. Erstere argumentierten zunächst werteorientiert: Die Wahrung von Menschenrechten sei das oberste Ziel der internationalen Gemeinschaft und ethischer Außenpolitik (*naming* und *signifying*). „Humanitäre Katastrophen“ und „ethnische Säuberungen“ (*naming*) in Jugoslawien abzuwenden, notfalls auch ohne Autorisation des UN-Sicherheitsrates, sei daher eine moralische Verpflichtung. Die Befürworter verwiesen aber nicht nur auf die moralischen Grundlagen der internationalen Gemeinschaft, sondern auch auf die in der Europäischen Menschenrechtskonvention zugrundegelegten Werte (*referencing*). Das Identitätselement *UK as member of the international community* wurde so zu einem inhaltlich ähnlichen, aber regional eingegrenzten Element *United Kingdom as member of the European Union* umgedeutet.⁴⁸ Dies stand im Einklang mit der Ankündigung Blairs, bei Regierungsantritt eine konstruktive Rolle in Europa übernehmen zu wollen. In dem (von der nationalen Ebene verschiedenen) Diskurs auf internationaler Ebene fand dieses Argumentationsmuster ebenfalls Verwendung: Der Konsens der NATO-Staaten galt als Vorbedingung für ein (auch im nationalen Rahmen öffentliches) Einfordern einer Bodeninvasion. Das Identitätselement *UK as member of the international community* bildete so ein Kernelement der ethisch-internationalistischen Diskursformation. Es diente jedoch auch als Ausgangspunkt realistischer Argumentationsmuster, deren Verfechter das singuläre Handlungspotential und zugleich die Glaubwürdigkeit der NATO für die Begründung der Intervention ins Feld führten.

Auch die Gegner des Regierungskurses nahmen jedoch auf dieses Identitätselement Bezug, indem sie ihre Ablehnung der Luftschläge mit dem Verweis auf das Völkerrecht und insbesondere die UN-Charta begründeten. Nicht nur Belgrad, auch alle an den NATO-Angriffen beteiligten Staaten würden Völkerrecht brechen.⁴⁹

Das Identitätselement *UK as balancer* verwendeten nur die Befürworter der NATO-Intervention, wobei sich nicht nur die Regierungspartei, sondern auch die Liberal-Demokraten darauf beriefen. Milošević wurde auf eine Stufe mit den faschistischen Diktatoren Europas in den 1930er und 1940er Jahren gestellt; die internationale Gemeinschaft vor erneutem „Appeasement“ gewarnt (*referencing*). Dieses Element erfuhr dennoch eine deutliche Abschwächung im Vergleich zum Bosnien-Diskurs, wo es noch eine zentrale Rolle für die Politik der Nichteinmischung

48 Ein ähnlicher Gedankengang wird unter anderem von Richardson (2000: 155) ausgeführt. Sie argumentiert, dass die britische Regierung die europäische Führungsrolle während des Konflikts einnahm, um zum einen von ihrer zögerlichen Politik in Bezug auf die gemeinsame Währung abzulenken und zum anderen in wenigstens einem europapolitischen Teilbereich die Führung zu übernehmen. Hier habe sich die Verteidigungspolitik geradezu angeboten: „[...] the one area of European integration still in need of a leader and the one Britain was best poised to lead“.

49 Wie der Suez-Diskurs zeigt, hat der Rückgriff von Interventionsgegnern auf dieses Argumentationsmuster geradezu Tradition, vgl. Weick (2004: 47).

gespielt hatte. Dass seine Verwendung gerade vonseiten der Interventionsgegner unterblieb, verdeutlicht den Identitätswandel der britischen Außenpolitik.

Das Element *UK as Empire* zogen ebenfalls ausschließlich die Interventionsbefürworter heran. Einerseits stellten sie einen Handlungsverzicht als eine unentschuld bare Schwäche und ein nicht mit der Tradition des Vereinigten Königreichs vereinbares Pflichtversäumnis dar (*referencing*). Andererseits insistierten sie – nach dem Ausbleib schneller Erfolge der Luftschläge – darauf, dass der Status Großbritanniens als frühere Weltmacht auf dem Spiel stehe, und ein fortgesetztes und resoluteres Engagement daher notwendig sei. Auch die Liberal-Demokraten nutzten diese Argumentation, wobei sie sich im Gegensatz zur britischen Regierung auch in nationalen Foren vehement für die Entsendung von Bodentruppen einsetzten. Das Element des *Empire* fungierte somit als Ausgangspunkt für die zentrale Umdeutung innerhalb der realistisch-atlantischen Diskursformation: Aus der „Klugheit der Nichteinmischung“ (Bosnien) wurde die „herausgeforderte Großmacht“ (Kosovo).

Das Identitätselement *UK as special partner of the US* wurde ebenfalls nur von den Interventionsbefürwortern der Regierung, und dies in zweifacher Weise verwendet. Erstens beriefen sie sich vermittels des Argumentationsmusters „Verteidigung westlicher Werte“ auf mit den USA geteilte, liberale Anschauungen (*referencing*). Zweitens argumentierten sie mit den politischen und militärischen Fähigkeiten des Verbündeten. Wie im Falkland-Diskurs wurde die Unterstützung der Vereinigten Staaten als eine zentrale Determinante für den Erfolg eines militärischen Einsatzes, insbesondere für den Fall des Einsatzes von Bodentruppen dargestellt. Eine interessante Ausprägung dieses Identitätselements ist gleichwohl erkennbar: Es war der eigentliche Juniorpartner Großbritannien – und nicht die Vereinigten Staaten, deren militärischen Möglichkeiten es entsprochen hätte – der die diplomatische Führung übernahm, und die NATO-Länder zu einem härteren Kurs gegenüber dem serbischen Machthaber drängte. Die moralisch wie realistisch aufgeladenen Argumentationen, die in den Identitätselementen *Empire* und *special partner* gründeten, legitimierten so den britischen Führungsanspruch in der Kosovo-Krise.

Das Identitätselement *UK as advocate of liberalism* setzten sowohl die Interventionsbefürworter der Regierung als auch Interventionsgegner ein. Die Regierung argumentierte zum einen erneut in Bezug auf eine moralische Verpflichtung: die Verteidigung gemeinsamer Werte, die im Liberalismus wurzelten, sei eines der wichtigsten Ziele der Intervention. Nur so könnten die Ordnung und das Funktionieren der internationalen Gemeinschaft auch für die Zukunft sichergestellt, und Machthaber, die diese liberalen Überzeugungen nicht teilten, abgeschreckt werden (*referencing* und *signifying*). Zum anderen band die Regierung auch die Flüchtlingsfrage an das Identitätselement des *liberalism* zurück: Würde der Konflikt nicht eingedämmt, könnten die Schockwellen einer zivilen Massenflucht den Balkan und die daran angrenzenden Regionen destabilisieren, und letztlich die liberale, auf Freihandel beruhende Ordnung in den europäischen Staaten gefährden. Die räumliche Nähe zum Krisengebiet erwies sich in dieser Wahrnehmung also als ausschlaggebender Faktor.

Die Interventionsgegner argumentierten hier in ganz ähnlicher Weise, denn die konservative Opposition kritisierte, dass die Luftschläge durch ihre Ineffizienz die

Stabilität des gesamten Balkan gefährdeten. Von einer militärischen Eskalation solle daher Abstand genommen werden. Schließlich konnte auch das oben angeführte völkerrechtliche Argument an das Identitätselement *advocate of liberalism* rückgebunden werden, und gewann damit einen zweiten Halt neben seiner Verwurzelung im Element *member of the international community*. Die Interventionsgegner konnten auf „Rechtsstaatlichkeit“ als einen zentralen, freiheitlichen Wert verweisen.

Im Bosnien-Diskurs hatte die realistisch-atlantische Diskursformation die Diskurshegemonie innegehabt, unterstützt durch ihren ethisch-internationalistischen Gegenpart. Im Kosovo-Diskurs kehrte sich dieses Verhältnis um. Der „kleinmütige Realismus“ (Gow 1997: 174) der Major-Regierung wurde durch eine emotionale Werteorientierung abgelöst. Die Argumente der ethisch-internationalistischen Diskursformation dominierten, wurden durch realistisch-atlantische Argumentationsmuster jedoch flankiert. Das heißt: Die beiden großen, traditionellen Diskursformationen der britischen Außen- und Sicherheitspolitik standen sich nicht antagonistisch gegenüber, sondern traten Hand in Hand *für* ein britisches Eingreifen im Kosovo ein. Nur in der Frage der Bodentruppen brach diese diskursive Allianz kurzzeitig auseinander.

2.2.3 Diskurshegemonie

Die Argumentation der Regierung Blair für eine Intervention im Kosovo knüpfte – wie aufgezeigt – in mehrfacher Weise an die britische Identität an. Zusammengefasst fußte ihr moralischer Impetus auf vier Identitätselementen: *UK as member of the international community*, *balancer*, *special partner of US* und *advocate of liberalism*. Diese vierfache identitäre Rückbindung macht die Dominanz und Überzeugungskraft der Regierungsrhetorik im britischen Kosovo-Diskurs sehr plausibel – im Ergebnis überzeugte sie auch die britische Öffentlichkeit. In einer nationalen Umfrage der Mail on Sunday vom 27. März 1999 stimmten 89 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass ihre Regierung eine moralische Verpflichtung habe, weiteres Morden und die Verletzungen der Menschenrechte im Kosovo zu verhindern.⁵⁰

Als weiterer Indikator für die Diskurshegemonie der ethisch-internationalistischen Diskursformation kann gewertet werden, dass die britische Öffentlichkeit die Interventionspolitik ihrer Regierung während des gesamten Untersuchungszeitraums unterstützte. So zeigte sich kurz vor Beginn der Luftschläge Ende März 1999 ein Großteil der Briten mit der Regierungspolitik zufrieden: 55 Prozent der Befragten befürworteten die Interventionspolitik, nur 27 Prozent sprachen sich gegen das Eingreifen aus. Anfang April 1999 erreichte die Unterstützung der NATO-Operation

50 Vgl. Ipsos MORI: *Mail on Sunday – Kosovo Poll*, 27. März 1999, <http://www.ipsos-mori.com/content/mail-on-sunday-kosovo-poll1.ashx> [1.1.2009].

mit 76 Prozent ihren Höhepunkt,⁵¹ danach sank sie leicht auf 67 Prozent (vgl. Richardson 2000: 158).⁵² Die konkreten Initiativen der Blair-Regierung wurden jedoch kritischer beurteilt. Für eine Fortsetzung diplomatischer Bemühungen votierte knapp die Hälfte der Befragten, wohingegen die britische Führungsrolle in Bezug auf die Entsendung von Bodentruppen in der Öffentlichkeit keine positive Resonanz fand: Nur 26 Prozent der Befragten unterstützten das initiativ Vorgehen ihrer Regierung, 62 Prozent sprachen sich dagegen aus. Bei der Frage, wie viele britische Leben zum Schutze der Kosovo-Albaner riskiert werden sollten, bot sich ein ähnliches Bild. 56 Prozent waren der Meinung, bei einem militärischen Eingreifen dürften keine Briten in Gefahr gebracht werden, 34 Prozent wussten es nicht.⁵³

Für die neue Diskurshegemonie spricht schließlich, dass die Protagonisten der vormaligen Regierungspolitik, die noch eine gänzlich andere Balkanpolitik verantwortet hatten, in toto auf die Regierungsrhetorik einschwenkten und an ihre früheren Argumente nicht mehr anknüpften.

2.2.4 Zusammenfassung

Für den britischen Kosovo-Diskurs ist charakteristisch, dass emotional aufgeladene moralische Argumentationsmuster („humanitäre Katastrophe“, „Verteidigung westlicher Werte“, „historische Verantwortung“) mit realistischen „power politics“-Argumentationsmustern verbunden wurden. Der Anspruch einer ethischen Außenpolitik wurde im Kosovo-Diskurs zum Leitthema. Die Politik der Major-Regierung galt allenthalben als verfehlt, Blair wurde zum „Anti-Hurd“⁵⁴ im britischen Kosovo-Diskurs: Seine Argumentation und sein Handeln galten als „more proactive and interventionist, and leavened with a strong dose of moralism“ (Dyson 2007: 10-11). Der Premierminister beendete – wenn auch mit Verzögerung – die proserbische Politik seiner Vorgänger (vgl. Hodge 2006: 4; Simms 2001: 344). Majors Politik des „wait and see“ ersetzte der Premier durch eine Politik des „act and see“.

Einige Argumentationsmuster aus dem vormalig dominierenden „humanitarian assistance discourse“ übernahmen die Diskursträger der ethisch-internationalistischen

51 Vgl. Ipsos MORI: *Mail on Sunday – Kosovo Poll*, 2. April 1999, <http://www.ipsos-mori.com/content/mail-on-sunday-kosovo-poll.ashx> [1.1.2009].

52 Eine Erhebung des European Barometer im Auftrag des Guardian bestätigt diese Ergebnisse im Großen und Ganzen. Allerdings trugen hier nur 54 Prozent der Befragten den Kurs der Regierung mit, während sich 33 Prozent gegen die Intervention aussprachen, vgl. Travis, Alan: *Voters still Divided on Sending Ground Troops to Kosovo*, in: *The Guardian*, 1. Juni 1999, <http://www.guardian.co.uk/uk/1999/jun/01/alantravis1> [20.11.2008]. Auch die starken Stimmeinbußen, die die SNP nach ihrer Infragestellung der Luftschläge in Umfragen erlitt, sind Indizien für die prointerventionistische Haltung der Mehrheit der Briten.

53 Vgl. Ipsos MORI: *Mail on Sunday – Kosovo Poll*, 27. März 1999, <http://www.ipsos-mori.com/content/mail-on-sunday-kosovo-poll1.ashx> [1.1.2009].

54 Cohen, Roger: *History Will Judge Blair Less Harshly Than Hurd*, in: *New York Times*, 7. März 2007, http://select.nytimes.com/iht/2007/03/07/world/IHT-07globalist.html?_r=1 [20.11.2008].

Diskursformation; beispielsweise jenes von der Notwendigkeit, wehrlosen Zivilisten zu helfen. Drei Argumentationsmuster jedoch veränderten sie. Erstens gaben sie den „Balkan-Diskurs“ auf: Nicht mehr alle Kriegsparteien galten als gleichermaßen verantwortlich für die Gewalteskalation, sondern Milošević und die ihn stützende serbische Elite. Zweitens modifizierten sie, insbesondere Tony Blair und Robin Cook, die westliche „mental map“: Das Kosovo wurde von einer weit entfernten Region im Irgendwo zu einem Teil Europas umgedeutet und so in den britischen bzw. westlichen Verantwortungsbereich gerückt. Drittens wurden die eigenen militärischen Möglichkeiten auf-, und die der jugoslawischen Streitkräfte abgewertet: Eine Intervention erschien nunmehr militärisch machbar und erfolgversprechend. Dies war ein Lerneffekt aus den Erfahrungen mit der Strategie des „lift and strike“ in den Bosnien-Kriegen. Die drei modifizierten Argumentationsmuster erlaubten die Einführung neuer Handlungsempfehlungen (Luftschläge, militärische Intervention), die offensiv in den nationalen wie auch den internationalen Foren vertreten wurden.

Dieser werteorientierte Diskurs konnte durch „realistische“ Argumente flankiert werden. Die Glaubwürdigkeit der NATO, die Angst vor einer Destabilisierung der Region und der Ruf nach der Verteidigung des „nationalen Interesses“ spielten aufseiten der Tories eine zentrale Rolle. Die Aussicht auf die Möglichkeit, eine führende Rolle in Europa bzw. der Welt zu spielen und die transatlantische Partnerschaft (mit einem ebenfalls „interventionsfreudigeren“ Präsidenten Clinton) wiederzubeleben, überzeugte auch die Interventions skeptiker der realistisch-atlantischen Diskursformation. Nichtsdestotrotz: Dies diente insgesamt als ergänzende Absicherung für die ausschlaggebende moralische Argumentation.

Die Notwendigkeit eines militärischen Eingreifens mit britischer Beteiligung wurde auf diese Weise früh zum überparteilichen Konsens (unter Ausschluss lediglich der SNP und einiger weniger konservativer und Labour-Abgeordneter). Trotz der kurzzeitigen Kontroverse um den Einsatz von Bodentruppen – die New Labour geschickt mit ihrem *double speak* entkräftete – bleibt festzuhalten, dass die Regierungspolitik bis zum Ende des Konflikts zum allergrößten Teil von Parlament und Bevölkerung mitgetragen wurde. Jenseits einer inhaltlichen Bewertung dieser neuen britischen Außenpolitik muss Blair und Cook eine enorme diskursive Leistung bescheinigt werden: Sie erreichten es nicht nur, maßgeblich auf ihre internationalen Bündnispartner einzuwirken und sie von der Notwendigkeit eines anderen außenpolitischen Kurses zu überzeugen. Auch gelang ihnen dieser Wandel auf so überzeugende Weise, dass sowohl die heimische Elite wie auch die große Mehrheit der Bevölkerung den neuen Kurs unterstützte.

Literatur

- Bartlett, Christopher (1992): *The Special Relationship: a Political History of Anglo-American Relations Since 1945*, New York: Longman.
- Bartlett, Will (2000): Simply the Right Thing to Do: Labour Goes to War, in: Little, Richard/Wickham-Jones, Mark (Hg.): *New Labour's Foreign Policy. A new Moral Crusade*, Manchester/New York: Manchester University Press, S. 131-146.
- Bellamy, Alex (2002): *Kosovo and International Society*, London: Palgrave.
- Bennett, Christopher (1995): *Yugoslavia's Bloody Collapse. Causes, Course and Consequences*, New York: New York University Press.
- Bloodgood, Elizabeth (2001): *Influential Information: NGOs' Role in Foreign Policy-Making*, Paper for the 2001 Annual Meeting of the American Political Science Association, San Francisco, 29. August - 8. September 2001.
- Byrd, Peter (2001): British Foreign and Defence Policy under Blair; in: Jones, Bill et al. (Hg.): *Politics UK*, Harlow: Longman, S. 594-610.
- Carstairs, Charles/Ware, Richard (Hg.) (1991): *Parliament and International Relations*, Milton Keynes: Open University Press.
- Clarke, Michael (1988): The Policy-Making Process, in: Smith, Michael/Smith, Steve/White, Brian (Hg.): *British Foreign Policy*, London: Unwin Hyman.
- Clarke, Michael (1992): *British External Policy-Making in the 1990s*, London: MacMillan.
- Cohen, Samy/Clarke, Michael (1990): Decision-Making in Foreign Policy: British External Policy, in: de la Serre, Françoise/Leruez, Jaques/Wallace, Helen (Hg.): *French and British Foreign Policies in Transition. The Challenge of Transition*, New York et al.: Berg Publishers, S. 217-229.
- Daalder, Ivo/O'Hanlon, Michael (2000): *Winning Ugly. NATO's War to Save Kosovo*, Washington DC: Brookings Institution Press.
- Dicey, Albert (1915): *Introduction to the Study of the Law of the Constitution*, London: MacMillan.
- Dickie, John (2004): *The New Mandarins. How British Foreign Policy Works*, London: I.B. Tauris.
- Dyson, Stephen (2007): *What Difference Did He Make? Tony Blair and British Foreign Policy From 1997-2007*, Paper prepared for the „Britain after Blair“-Conference, sponsored by the British Politics Group, Chicago, 29. August 2007, <http://www.rose-hulman.edu/~casey1/BAB-Dyson.pdf> [20.11.2008].
- Eyal, Jonathan (1993): *Europe and Yugoslavia: Lessons from a Failure*, London: Sherrens Printers.
- Geddes, Andrew (2004): *The European Union and British Politics*, Houndmills: Palgrave/MacMillan.
- George, Stephen (1998): *An Awkward Partner: Britain in the European Community*, Oxford: Oxford University Press.
- Giersch, Carsten (1998): *Konfliktregulierung in Jugoslawien 1991-1995*, Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Gow, James (1997): *Triumph of the Lack of Will: International Diplomacy and the Yugoslav War*, London: C. Hurst & Company.
- Hammond, Philip (2000): Third Way War: New Labour, the British Media and Kosovo, in: Hammond, Philip/Herman, Edward (Hg.): *Degraded Capability: The Media and the Kosovo Crisis*, London et al.: Pluto Press, S. 123-131.

- Hansen, Lene (2007): *Security as Practice. Discourse Analysis and the Bosnian War*, London/New York: Routledge.
- Haseler, Stephen (2007): *Sidekick – Bulldog to Lapdog: British Global Strategy from Churchill to Blair*, London: Forum Press.
- Henig, Stanley (2001): Britain: To War for a Just Cause, in: Weymouth, Tony/Henig, Stanley (Hg.): *The Kosovo Crisis: The Last American War in Europe?* London: Reuters, S. 39-58.
- Hill, Christopher (2001): Foreign Policy, in: Seldon, Anthony (Hg.): *The Blair Effect*, London: Little, Brown and Company.
- Hill, Christopher (2003): *The Changing Politics of Foreign Policy*, Houndmills: Palgrave/MacMillan.
- Hodge, Carole (2006): *Britain and the Balkans – 1991 until the Present*, London: Routledge.
- Hoffmann, Stanley (1996): Yugoslavia: Implications for Europe and for European Institutions, in: Ullman, Richard (Hg.): *The World and Yugoslavia's Wars*, New York: Council on Foreign Relations Press, S. 97-121.
- Jay, Antony (Hg.) (2006): *Oxford Dictionary of Political Quotations*, Oxford: Oxford University Press, S. 192.
- Kampfner, John (2004): *Blair's Wars*, London: Free Press.
- Keohane, Dan (2000): *Security in British Politics, 1945-99*, Houndmills/London: MacMillan.
- Keohane, Dan (2003): *From Suez to Kosovo: British Political Parties on the Use of Force*, in: *Contemporary British History* 17:2, S. 35-48.
- Little, Richard/Wickham-Jones, Mark (Hg.) (2000): *New Labour's Foreign Policy. A New Moral Crusade*, Manchester/New York, Manchester University Press.
- Lucarelli, Sonia (1997): Europe's Response to the Yugoslav Imbroglia, in: Jørgensen, Knud (Hg.): *European Responses to Crisis Management*, The Hague: Kluwer Law, S. 35-63.
- Mangold, Peter (2001): *Success and Failure in British Foreign Policy: Evaluating the Record, 1900-2000*, Houndmills: Palgrave.
- Martin, Laurence/Garnett, John (1997): *British Foreign Policy – Challenges and Choices for the Twenty-First Century*, London: Pinter/Royal Institute of International Affairs.
- Meier-Walser, Reinhard (1999): *Großbritanniens Rolle im Kosovo-Krieg*, in: *Politische Studien* 50:4, S. 60-69.
- Meier-Walser, Reinhard (2001): *Die Tories und der „Dritte Weg“ – Oppositionsstrategien der britischen Konservativen gegen Tony Blair und New Labour*, München: Hanns-Seidel-Stiftung.
- Morgan, Kenneth (2001): New Labour in Historical Perspective, in: Seldon, Anthony (Hg.): *The Blair Effect*, London: Little, Brown and Company.
- Negrine, Ralph (1994): *Politics and the Mass Media in Britain*, London: Routledge.
- O'Balance, Edgar (1995): *Civil War in Bosnia 1992-94*, Houndsmills et al.: MacMillan.
- Ralph, Jason (2005): *Tony Blair's „New Doctrine of International Community“ and the UK Decision to Invade Iraq*, POLIS Working Paper 20, Leeds, August 2005, <http://www.polis.leeds.ac.uk/assets/files/research/working-papers/wp20ralph.pdf> [20.11.2008].
- Rentoul, John (2001): *Tony Blair: Prime Minister*, London: Warner Books.
- Richardson, Louise (2000): Britain's Role in the Kosovo Crisis, in: Martin, Pierre/Brawley, Mark (Hg.): *Alliance Politics, Kosovo, and NATO's War: Allied Force or Forced Allies?*, Basingstoke/Hampshire: Palgrave, S. 145-164.
- Riddell, Peter (2003): *Hug them Close: Blair, Clinton, Bush and the Special Relationship*, London: Politico's Publishing.

- Sanders, David (1993): *Losing an Empire, Finding a Role*, London: Palgrave/MacMillan.
- Schieren, Stefan (2001): *Die stille Revolution – Der Wandel der britischen Demokratie unter dem Einfluss der europäischen Integration*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Schmidt, Hilmar (1999): *Die Vergesellschaftung der Außenpolitik und die Politik der Vergesellschaftung*, Papier zum DVPW-Workshop „Außenpolitikanalyse“, Arnoldshain, 11.-13. Februar 1999.
- Simms, Brendan (2001): *Unfinest Hour: Britain and the Destruction of Bosnia*, London: Penguin Books.
- Sturm, Roland (1997): Das politische System Großbritanniens, in: Ismayr, Wolfgang (Hg.): *Die politischen Systeme Westeuropas*, Opladen: Leske und Budrich, S. 225-262.
- Sturm, Roland (1998): Staatsordnung und politisches System, in: Kastendiek, Hans/Rohe, Karl/Volle, Angelika (Hg.): *Länderbericht Großbritannien. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur*, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 194-223.
- Sturm, Roland (1999): *Großbritannien*, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Wall, Stephen (2008): *A Stranger in Europe: Britain and the EU – from Thatcher to Blair*, Oxford: Oxford University Press.
- Wallace, William (1975): *The Foreign Policy Process in Britain*, London: Royal Institute of International Affairs.
- Wallace, William (2005): *The Collapse of British Foreign Policy*, in: *International Affairs* 81:1, S. 53-68.
- Weick, Kathrin (2004): *Britische Identität und Außenpolitik – Die identitäre Grundlage der Interventionspolitik Blairs*, unveröffentlichte Magisterarbeit, Universität Trier.
- Wheeler, Mark (1997): *Politics and the Mass Media*, Oxford: Blackwell Publishing.
- Wickham-Jones, Mark (2000): Labour Party Politics and Foreign Policy, in: Little, Richard/Wickham-Jones, Mark (Hg.): *New Labour's Foreign Policy. A New Moral Crusade*, Manchester/New York: Manchester University Press, S. 93-111.
- Williams, Paul (2005): *British Foreign Policy Under New Labour, 1997-2005*, Houndmills/Basingstoke/New York: Palgrave/MacMillan.
- Woolacott, Martin (2000): Großbritannien und die Kosovo-Krise, in: Clewing, Konrad/Reuter, Jens (Hg.): *Der Kosovo-Konflikt. Ursachen – Akteure – Verlauf*, München: Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit, S. 417-428.
- Zucconi, Mario (1996): The European Union in the Former Yugoslavia, in: Chayes, Abram/Chayes, Antonia (Hg.): *Preventing Conflict in the Post-Communist World*, Washington DC: Brookings Institution Press, S. 237-277.